

Rüdiger Kruse

(A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

So individuell und richtig dieser Vortrag war, sollten wir natürlich alle beherzigen, dass es ein weiter Weg zu wahrer Klugheit ist und dass wir nur in Demut darum bitten können.

Vor zehn Jahren hat die UN das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser zum Menschenrecht erklärt. Vor fünf Jahren – es ist schon angeführt worden – ist in Paris das Klimaschutzabkommen beschlossen worden. Und im September hat der Deutsche Bundestag auf Initiative der Koalitionsfraktionen beschlossen, dass Nachhaltigkeit Leitlinie unserer Politik sein soll. Natürlich hat das Recht auf sauberes Wasser als einzelnes Ziel – es ist eines der 17 Nachhaltigkeitsziele, genauso wie Klimaschutz eines ist – schon immer Verbindungen zu anderen Zielen gehabt, zum Beispiel zum Ziel „Gesundheit und Wohlergehen“. Es ist nicht vorstellbar, dass man gesund lebt, wenn das Wasser nicht in Ordnung ist. Und beim Klimaschutz gibt es natürlich die Verbindung zum Bereich „Saubere Energien“, aber auch zum Bereich „Industrie, Innovation und Infrastruktur“. Die Vernetzung der Einzelziele zu bedenken, ist die Leistung, die wir im September vollbracht haben, indem wir gesagt haben: Nicht die Einzelziele sind es, die uns nach vorne bringen; vielmehr müssen wir die Gesamtheit der Ziele beachten.

In den Haushaltsberatungen tritt natürlich gerade bei diesem Haushalt immer wieder das Missverständnis auf, dass alles, was Umwelt betrifft, im Haushalt des Umweltministeriums geklärt werden müsste. Nein! In der vorhergehenden Debatte zum Haushalt des Wirtschaftsministeriums ging es um unwahrscheinlich viele Dinge, die, wenn man sie richtig macht, einen sehr guten Einfluss auf die Umwelt haben, aber wehe, man macht sie falsch, einen sehr negativen Einfluss auf die Umwelt haben.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wäre ja schön, wenn Sie ein paar Dinge richtig machen würden!)

Deswegen, Herr Kindler, ist es eben so wichtig, dass wir die Gesamtheit der Ziele sehen.

Nun kann man natürlich sagen: Wo ist denn jetzt nach dem Reden und dem Beschluss im September der Ausfluss dessen, wo ist das Handeln? Ich will gar nicht auf einzelne Maßnahmen eingehen. Dieses Jahr war ja voll von Nachhaltigkeitsprogrammen. Erinnern Sie sich an den Sommer: Allein der Startschuss für die Wasserstoffstrategie ist mit einer solchen Kraft erfolgt. Wir haben ja mit unserem Partner Frankreich ein weiteres Land, das fast in derselben Höhe in die gleiche Richtung investiert. Das ist also eine gewaltige Entwicklung, die wir in diesem Krisenjahr auf den Weg gebracht haben.

Es gibt eine ganz kleine Stellgröße, die wir mit unserem Beschluss ändern: Wir werden beim Normenkontrollrat vier Stellen einrichten. Sie wissen in etwa, über wie viele Hundert Stellen wir hier abschließend beschließen werden. Darunter sind vier Stellen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung – das sind vier Stellen, die unsere Arbeit definitiv verändern werden. Das haben wir gemacht, weil wir wollen, dass wir für unsere Beratungen eine Vorlage haben, ähnlich einem Berichterstattungssys-

tem, wie man es von Firmen kennt, mit der wir Eckwerte dafür bekommen, inwiefern unsere Strategie umgesetzt wurde, ob wir den richtigen Kurs gewählt haben. Das haben wir bisher nicht. Wir haben beim Thema Haushalt – und Sie wissen, dass ich das in den letzten Debatten auch immer angeführt habe – gewisse Indikatoren wie Mittelabfluss, Verschuldungsrate, Verpflichtungsermächtigung, mittelfristige Finanzplanung; aber wir wissen nicht, wie sich unsere Maßnahmen auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele ausgewirkt haben. Mit dieser Entscheidung holen wir uns als Parlament die Möglichkeit ins Haus, in den Haushaltsberatungen die richtigen Entscheidungen zu treffen. Das bedeutet, dass wir zum Abschluss – das ist ja der letzte Haushalt, den wir in dieser Legislatur beschließen – eine Weichenstellung für die nächsten Jahre vorgenommen haben, für eine lange Phase der Transformation. Das ist es, was wir hier jetzt einleiten.

Man kann natürlich zurückblicken und sagen: Vor zehn Jahren ist das Grundrecht auf sauberes Wasser beschlossen worden. Zehn Jahre sind in einem Menschenleben schon eine lange Zeit. – Auch da gilt ja der Appell, dass wir bedenken müssen, dass wir sterblich sind. Das heißt, unsere Zeit ist endlich. Wenn es also Herausforderungen gibt, die in der Endlichkeit dieser Zeit zu lösen sind, dann muss man sich diesen zügig stellen. Das, glaube ich, haben wir in dieser Legislatur zum Schluss geschafft. Die Tatsache, dass der Bundestag zwei Tage nur über Nachhaltigkeit diskutiert hat – es war übrigens das erste Mal, dass das Parlament entschieden hat, Debattentage zu einem einzigen Thema anzusetzen –, findet ihre Berechtigung darin, dass wir auch entsprechende Beschlüsse fassen, nicht nur im Einzelnen, indem wir konkret im Haushalt Maßnahmen angestoßen haben, die die Zukunftsfähigkeit dieses Landes steigern, sondern auch in der Form, dass wir uns ein Berichterstattungsprinzip geben, dass wir uns die Möglichkeit verschaffen, zu kontrollieren, ob unsere Vorhaben, unsere Zielsetzungen tatsächlich in jedem Jahr mit jedem Schritt in den Haushaltsberatungen erreicht werden. Das ist ein großer Erfolg von uns allen und ein Indiz dafür, dass wir auch in dieser Legislatur ein Stück weit klüger geworden sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. – Damit beende ich die Aussprache zu diesem Einzelplan.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 16 – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit – in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Dann stelle ich fest, dass der Einzelplan 16 mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen des Hauses angenommen ist.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki

(A) Ich rufe den Tagesordnungspunkt I.7 auf:

hier: **Einzelplan 10**
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Drucksachen 19/23310, 19/23324

Die Berichterstattung liegt bei den Abgeordneten Christian Haase, Ulrich Freese, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Ulla Ihnen, Heidrun Bluhm-Förster und Dr. Tobias Lindner.

Für die Aussprache wurde eine Dauer von 90 Minuten beschlossen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, bitte ich, den Platzwechsel zügig vorzunehmen, unter Beachtung der Verpflichtung zum Tragen eines Mund-Nase-Schutzes.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Kollegin Dr. Birgit Malsack-Winkemann, AfD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Birgit Malsack-Winkemann (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Es ist wie eh und je: Während die Bauern in Deutschland kaum mehr wissen, wie sie aufgrund der ruinösen Milch-, Butter- und Fleischpreise über die Runden kommen, genehmigen sich das BMEL und seine Institute alle Jahre wieder höhere Geldspritzen vom Steuerzahler und wissen oft gar nicht mehr, wie sie das Geld ausgeben sollen. Deshalb steigen die Ausgabereste gerade in diesem Ministerium stetig an und erreichten mit knapp 612 Millionen Euro in diesem Jahr einen vorläufigen Höhepunkt.

(B)

Zum näheren Verständnis: Übertragbare Ausgabereste stehen auch für das Jahr nach der Zuteilung zur Verfügung, und der Clou daran ist: Diese Reste müssen im Haushaltsplan des nächstfolgenden Jahres nicht gesondert ausgewiesen werden. Undurchsichtigkeit und Intransparenz des Haushaltsplans sind daher die Folge. Manche sprechen deshalb von schwarzen Kassen.

(Beifall bei der AfD)

Zusätzlich zu diesen, nennen wir es einmal: „verborgenen Geldern“ kommen die offiziellen jährlichen Erhöhungen des Etats, allein von 2018 bis 2021 von 6 Milliarden Euro auf 7,7 Milliarden Euro, also innerhalb von drei Jahren um satte 28 Prozent, wobei die Etatsteigerung von 2019 bis 2021 jährlich 11 bzw. 10 Prozent betrug. Welcher Arbeitnehmer kann eine Steigerung von jährlichen 11 bzw. 10 Prozent bei seinem Lohn bejubeln? Und wohlgemerkt: Die „verborgenen Gelder“ über die Ausgabereste sind hierbei noch nicht einmal berücksichtigt!

Besonders abstoßend tat sich das Max-Rubner-Institut hervor. Dieses zeichnete sich dadurch aus, dass es aus nicht benötigten Forschungsmitteln der EU zwei Töpfe einrichtete, die der Verfügung des Präsidenten und der Verwaltung unterstanden. Diese Töpfe hatten zwischenzeitlich ein Volumen von 1,2 Millionen Euro angesammelt, die man irgendwie loswerden musste. Was geschah? Das Max-Rubner-Institut zahlte hieraus Ausgaben für Repräsentation, interne Feierlichkeiten, Geschenke, Tagungen und Dienstreisen. Der Präsident

genehmigte sich also mit nicht ausgegebenen Forschungsmitteln einen, nennen wir es einfach: „Repräsentationsfonds“, der den ihm hierfür offiziell zugewiesenen Betrag um ein Vielfaches überstieg – und das alles, während unsere Bauern um ihr Überleben kämpfen, weil sie einem ruinösen Preisdruck auf ihre Waren ausgesetzt sind. Dabei brauchen wir gerade unsere Bauern, um unsere Ernährung in Deutschland sicherzustellen.

(C)

(Beifall bei der AfD)

Sie glauben es nicht? Nun, was könnte denn passieren, wenn diese Regierung nach dem gegenwärtigen zweiten faktischen Lockdown einen dritten, vierten oder gar fünften Lockdown ausruft – angeblich, selbstverständlich, um die Gesundheit und das Leben unserer Bevölkerung zu schützen? Glauben Sie wirklich, dass es dann noch Kiwis aus Neuseeland oder Orangen aus Israel gibt? Nein, schauen Sie sich in den Supermärkten um. Denn dann stellen Sie fest, wie wenig einheimische Produkte in den Regalen stehen. Stellen Sie sich weiter vor, dass die Lieferketten durch diese Lockdowns unterbrochen werden. Nur eine Unterbrechung an einer Stelle der Kette reicht.

(Zuruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jetzt denken Sie vielleicht, Frau Klöckner habe für diesen Fall sicher vorgesorgt. Pustekuchen! Das BMEL betreibt eine Ernährungsnotfallvorsorge. Dies ist eine Notfallbevorratung, bei der das BMEL ausschließlich zur Weiterverarbeitung vorgesehene Lebensmittel wie Mehl und Zucker an verschiedenen Standorten in Deutschland in unterschiedlich großen Mengen lagert. Und es ist nicht zu glauben: In der Vergangenheit wurde die eingelagerte Ware, für die seit 2012 jährlich zwischen 13 und 21 Millionen Euro ausgegeben wird, wegen angeblich knapper Haushaltsmittel nicht im erforderlichen Umfang turnusmäßig umgewälzt und verkauft. Kurz gesagt: Der Notvorrat ist alt und muss nächstes Jahr zum großen Teil verkauft, besser gesagt: verschleudert werden.

(D)

(Beifall bei der AfD)

Der Bundesrechnungshof hat als Ergebnis festgestellt, dass eine sachgerechte Bevorratung der Bevölkerung nicht sichergestellt ist. Wenn die bestehenden Vorräte gleichmäßig auf die gesamte Bevölkerung verteilt würden, entfielen auf jeden Einwohner – und jetzt halten Sie sich alle fest – Vorräte im Wert von 3,25 Euro, die zudem aufwendig weiterverarbeitet werden müssten. Frau Klöckner, mit dieser Art der Notfallreserve haben Sie für den Fall eines wirklichen Notfalls den Grundstein für Hungersnot und Bürgerkrieg gelegt.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Christian Haase, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) **Christian Haase** (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Frau Ministerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beschließen in dieser Woche den Bundeshaushalt 2021. Es ist kein Haushalt wie jeder andere. Die Coronakrise stellt uns in den nächsten Jahren vor Herausforderungen, die weit über die der Finanzkrise vor einem Jahrzehnt hinausgehen. Auch wenn alle staatlichen Ebenen davon betroffen sind, trifft es – aus finanzieller Sicht – den Bund besonders schwer. Allein die Tilgung der aufgenommenen hohen Kredite ist eine große Vorbelastung für zukünftige Haushalte und schränkt politische Gestaltungsspielräume ein. Gleichzeitig erholen sich die erwarteten Steuereinnahmen auf der Bundesebene am langsamsten, sodass wir weitere Coronahilfsmaßnahmen im neuen Jahr unter dem Stichwort „Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern“ neu justieren müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, schauen wir auf unseren Haushalt. Die Coronakrise hat auch die Landwirtschaftsbranche stark unter Druck gesetzt. Zurzeit trifft es die Schweinehalter besonders hart. Das Ganze findet vor dem Hintergrund vielfältiger, immer rasanter werdender Veränderungsprozesse in der Landwirtschaft statt. Zu nennen sind der europäische und internationale Wettbewerb, die steigenden Anforderungen im Natur- und Landschaftsschutz, die Auswirkungen des Klimawandels, die weltweit steigende Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Lebensmitteln, Herausforderungen durch Tierkrankheiten, gestiegene gesellschaftliche Anforderungen im Umgang mit Nutztieren und dem Tierwohl und letztlich die Wettbewerbsstellung im Lebensmittelmarkt. Zudem assoziieren viele, auch Fraktionen in unserem Hause, die Landwirtschaft mit Tierquälerei und Umweltsündern oder Leuten, die nachts auf Feldern arbeiten, um absichtlich die Bevölkerung zu stören.

(B)

Was ist die Antwort darauf? Man hat manchmal den Eindruck, dass einige Politikerinnen und Politiker die Landwirtschaft in Deutschland beenden wollen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ja!)

Das ist nicht meine Antwort. Das ist nicht die Antwort von CDU und CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

An einer Antwort müssen aber alle mitwirken. Die Bäuerinnen und Bauern sind bereit, auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren. Nach wie vor reizt junge Menschen der verantwortungsvolle Umgang mit Tieren und Pflanzen, das hautnahe Erleben der Jahreszeiten und die Eigenständigkeit. Das ist gut so. Wir brauchen aber auch bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern mehr Offenheit für eine moderne, innovative und digitalisierte Landwirtschaft. Und Politik? Sie muss die Enden zusammenbringen, das heißt, Zielkonflikte lösen. Sie muss Veränderungsprozesse auf wissenschaftlicher Basis vorantreiben, Umstellungsprozesse flankieren und Rahmenbedingungen im Bereich des Tierschutzes, bei der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU oder bei der Düngung setzen. Was muss Politik noch? Sie muss Mut machen und nicht entmutigen, wenn wir in Deutschland eine Landwirtschaft haben wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)

All das finden Sie im eingebrachten Haushalt des BMEL, sodass wir im parlamentarischen Verfahren nur marginale Ergänzungen vornehmen mussten. Der Schwerpunkt lag in der personellen Flankierung der Politikansätze. Ich will auf einige Punkte eingehen.

Beispiel Digitalisierung. Bauernregeln waren gestern. Algorithmen und Hightech bestimmen heute schon die Arbeit auf den Feldern. Diese Entwicklung wollen wir weiter unterstützen; denn die Digitalisierung ermöglicht nicht nur mehr Effizienz und Wirtschaftlichkeit, sondern auch einen ressourcenschonenden Einsatz. Das schont Böden und das Trinkwasser. Im vorliegenden Haushalt sind insgesamt 63 Millionen Euro für die Förderung der Digitalisierung vorgesehen. Nun gibt es einen Schulterabschluss mit dem Bundesforschungsministerium. Wir stellen über 40 Millionen Euro über fünf Jahre für den Aufbau eines Fraunhofer-Zentrums für Biogene Wertschöpfung und Smart Farming mit Standorten in Mecklenburg-Vorpommern und Bayern bereit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was soll da konkret passieren? Ich will Ihnen drei Beispiele nennen.

Erstens. Der Anbau von Russischem Löwenzahn für die Gewinnung von Kautschuk ist ein gutes Beispiel für eine lokale Spezialkultur, die nicht mit den verfügbaren Ansätzen kultiviert werden kann. Die Herausforderung ist hier, dass der Löwenzahn, der sonst bekämpft wird, in diesem Fall die Nutzpflanze ist.

(D)

Zweitens. Wir forschen zur Messbarkeit von Tierwohl. Über eine Videoüberwachung und die Erfassung von Vitaldaten mithilfe intelligenter Sensorik direkt am Tier können zuverlässige Aussagen zum Gesundheits- und Stresszustand gemacht werden.

Drittens. Es wird ein automatisiertes Gewächshaus mit modernster Technologie entstehen. Dies bietet die einzigartige Möglichkeit, sowohl neue Agrartechnologien als auch neue Sorten unter Laborbedingungen zu testen. Damit lassen sich Pflanzenarten züchten, die gegen veränderte klimatische Bedingungen resilient sind.

Mit so vielen innovativen Ideen will und wird Deutschland als Spitzenreiter auf dem Gebiet moderner Landwirtschaft glänzen.

Meine Damen und Herren, sicherlich haben Sie in der letzten Woche und auch heute die Protestaktionen der Landwirte gegen die Preispolitik des Handels verfolgt. Sie zeigen, wie wichtig der Vorstoß unserer Ministerin Julia Klöckner zur Umsetzung der UTP-Richtlinie war. Wir verbieten damit unlautere Handelspraktiken. Wir unterstützen dies und stellen sechs neue Stellen zur Umsetzung und Überwachung der Einhaltung der Regeln bereit.

300 000 Euro stellen wir für ein Kompetenzzentrum für Weidetierhaltung zur Verfügung, um mit den Weidetierhaltern Antworten auf die Folgen der weiterhin rasanten Ausbreitung des Wolfes in Deutschland zu finden.

Christian Haase

- (A) Meine Damen und Herren, wichtig sind mir auch unsere Bundesforschungsinstitute, die die wissenschaftliche Vorarbeit leisten. Auch hier sorgen wir mit deutlichen Stellenaufwüchsen für noch mehr Expertise. Im Julius-Kühn-Institut wird zum Beispiel ein Institut für Waldgesundheit eingerichtet. Im Thünen-Institut stärken wir das Kompetenzzentrum Holzherkünfte. Der so beliebte Weihnachtsschmuck – die meisten werden ihn gerade zu Hause aufgestellt haben – ist häufig aus Holz, kommt aber in der Regel aus dem Ausland. Das Kompetenzzentrum in Hamburg arbeitet an verbesserten Methoden zur Bestimmung von Holzarten. So können wir falsche Angaben bei Holzimporten aufdecken und dem Handel mit illegal eingeschlagenem Holz einen Riegel vorschieben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mit zusätzlichen Stellen setzen wir zudem den Aufbau der Institute für Wirtschaft bzw. Lebensqualität im ländlichen Raum fort.

„Ländlicher Raum“ ist im Übrigen ein gutes Stichwort. Im parlamentarischen Verfahren haben wir das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung um weitere 5 Millionen Euro verstärkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zum Abschluss möchte ich noch auf das Thema Wald zu sprechen kommen. Wir alle wissen, wie stark die Wälder in den letzten Jahren gelitten haben: Sturm, Dürre, Schädlinge. Die Förderprogramme für den Wald, etwa in der GAK, sind sehr stark nachgefragt. Wir müssen andauernd Mittel umschichten, damit noch mehr Mittel fließen können. Das zeigt, wie groß die Not im Wald tatsächlich ist. Dabei ist der Wald doch der Schlüsselfaktor für unsere Klimapolitik. Daher haben wir die Mittel für die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe und den Waldklimafonds im parlamentarischen Verfahren noch einmal erhöht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt weist in die Zukunft und ist durch die Anhebungen wieder ein Rekordhaushalt: 7,7 Milliarden Euro. Lassen Sie mich aber anmerken, dass wir nicht damit rechnen können, dass das so weitergeht. Wir werden uns in den nächsten Jahren als Bund auf unsere Aufgabenkompetenzen und -verantwortungen konzentrieren müssen. Wünsche nach immer neuen Bundesprogrammen werden nicht erfüllbar sein.

Eines ist aber auch in Zukunft sicher: CDU und CSU stehen an der Seite der Bauern, Fischer und Waldbesitzer in Deutschland.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Haase. – Als nächste Rednerin erhält das Wort die Kollegin Ulla Ihnen, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Ulla Ihnen (FDP):

Herr Präsident! Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im November 2019, als wir hier den Haushalt für 2020 beraten haben, demonstrierten nur wenige Meter entfernt Tausende Landwirte. Und auch während der heutigen Beratung machen Landwirte bundesweit mit Protesten auf ihre dramatische Situation aufmerksam. Wir müssen uns also fragen: Ist der Haushalt 2021 Ausdruck einer Politik, die mit den Landwirten gemacht wird, die Wertschätzung und verlässliche Bedingungen für die Landwirte bedeutet?

Der Haushalt umfasst insgesamt 7,7 Milliarden Euro. Das ist viel Geld, aber Quantität ersetzt eben noch lange nicht Qualität.

(Beifall bei der FDP)

Zwar gibt es jetzt die sogenannte Bauernmilliarde, dazu ein Stallumbauprogramm mit einem Volumen von insgesamt 300 Millionen Euro; aber die Landwirte sind nicht auf die Straße gegangen, um mehr Förderanträge zu stellen.

(Frank Sitta [FDP]: So ist es!)

Am Horizont steht schon das Insektenschutz-Gesetz – das war ja bereits Thema, auch bei Frau Ministerin Schulze –, und damit drohen weitere Auflagen und Ertragseinbußen für die Landwirte. Wenn wir zukünftig in Deutschland noch eine leistungsfähige Landwirtschaft haben wollen, dann, so denken wir Freien Demokraten, müssen wir von einer Politik wegkommen, die immer neue Auflagen verhängt und so keine verlässlichen Produktionsbedingungen mehr bietet.

Frau Ministerin, Sie haben in Ihrer Amtszeit ja durchaus einiges angepackt. Aber was, zum Beispiel, bleibt von Ihrer EU-Ratspräsidentschaft? Es gibt noch immer keine einheitlichen EU-weiten Produktionsstandards für unsere Landwirte. Was ist mit dem Subventionsabbau? Was ist mit dem Tierwohllabel, Ihrem Prestigeprojekt? Es steckt fest und könnte am Ende doch nicht kommen. Doch insgesamt wurden in dieser Wahlperiode bereits über 70 Millionen Euro dafür verplant. Und was ist mit der Afrikanischen Schweinepest? Den geplanten Schutzzaun haben Sie dieses Jahr nicht verwirklichen können, und genau dort, wo er geplant war, kam die ASP nach Deutschland. Jetzt sind Zigtausende Schweinehalter betroffen. Wir als Freie Demokraten haben im Haushaltsverfahren Anträge zur ASP gestellt. Leider wurden sie abgelehnt.

Frau Ministerin, für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, GAK, stehen im Jahr 2021 gut 1,1 Milliarden Euro zur Verfügung. Ein großer Teil der Mittel bleibt jedes Jahr ungenutzt. – Wollen Sie sich weiter unterhalten, Frau Ministerin, oder hören Sie mir zu?

(Julia Klöckner, Bundesministerin: Ich kann beides! – Frank Sitta [FDP]: Sie hat sich mit mir unterhalten!)

– Vielen Dank. – Und nicht nur bei der GAK haben Sie große Probleme mit dem Mittelabfluss. Die Ausgabereise in Ihrem Ressort sind enorm. Problematisch ist auch, was und wie innerhalb der GAK gefördert wird; darauf hat

Ulla Ihnen

(A) uns der Bundesrechnungshof hingewiesen. Bereits vier Ministerien befassen sich mit der Elektromobilität, und nun ist auch Ihr Haus noch in die zweckfremde Förderung von Ladeinfrastruktur über die GAK verwickelt. Frau Ministerin, Deiche sind die Seismografen für eine gute Nutzung der GAK, nicht Ladesäulen.

Im Haushalt wurden die Fördermittel für den Wald aufgestockt; der Kollege Haase hat darauf hingewiesen. Insgesamt stehen 700 Millionen Euro für 2020 und 2021 zur Verfügung. Das ist gut, aber auch nur dann, wenn das Geld für den Wald aus allen Fördertöpfen und Titeln schnell abfließt. Um dem Wald und den Waldbauern zu helfen, hatten wir Freie Demokraten beantragt, der Bund solle Schadholz ankaufen. Diese wirklich naheliegende Lösung ist leider abgelehnt worden.

Zusammengefasst: Wir Freien Demokraten lehnen den Haushalt ab, weil er aus unserer Sicht falsche Prioritäten setzt. Aus unserer Sicht fehlt der Plan für eine gute Zukunft unserer Landwirte, der zukunftsweisende Gestaltungswille. Dieser Haushalt ist alles: ein bisschen international, ein bisschen digital, ein bisschen punktuell, ein bisschen strukturell und insgesamt aus unserer Sicht ein bisschen ziellos. Frau Ministerin, schon Laotse hat gesagt: Wer kein Ziel hat, kann auch keines erreichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

(B) Vielen Dank, Frau Kollegin Ihnen. – Karneval fällt ja aus dieses Jahr; aber ich kann aus eigener Anschauung bestätigen, dass „Ritterin Julia“ multitaskingfähig ist,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

wie die meisten Frauen, die ich kenne – im Gegensatz zu Männern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Ja, sehr wahr.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Ist klar, Frau Präsidentin Roth. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Susanne Mittag, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Susanne Mittag (SPD):

So, wen spreche ich denn jetzt an?

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Mich, also „Frau Präsidentin“!

Susanne Mittag (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit einem Gesamtvolumen von 7,66 Milliarden Euro ist der Haushalt des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft so groß wie noch nie.

(C) Insbesondere die Unterstützung der Forstwirtschaft macht einen großen Anteil des Gesamtvolumens aus. Aber als größter Posten sind Ausgaben für die landwirtschaftliche Sozialpolitik in Höhe von 4,2 Milliarden Euro fest eingeplant. Damit steht für die eigentlichen, gestalterischen Aufgaben ein eher kleiner Teil des gesamten Etats zur Verfügung. Die Möglichkeiten, denke ich, sind dafür aber gut genutzt. Und so freut es mich, dass mehr für Gesundheit – es mag ja überraschend sein, aber es heißt „Ernährung und Landwirtschaft“ –, also für Mensch und Tier, getan wird:

Zum einen werden 15 Millionen Euro für Maßnahmen zur Förderung ausgewogener Ernährung zur Verfügung gestellt, sodass gesundes Frühstück in Kitas und Schulen sowie Projekte der Tafeln finanziert werden können.

Aber natürlich liegt mein Blick als Tierschutzbeauftragte besonders bei dem Thema Tier. Die kommenden Monate und Jahre werden für die zukünftige Ausrichtung der Nutztierhaltung in Deutschland ganz entscheidend sein. Auch dazu trägt dieser Haushalt bei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es herrscht hochgradig Handlungsbedarf im Bereich Tierwohl in der gesamten Nutztierhaltung, aber auch wegen des Beitrags der Nutztierhaltung zum Klimaschutzprogramm und auch zu einer planungssicheren Zukunft der Landwirte.

(D) Wichtige Forschungsergebnisse und damit Handlungsempfehlungen – das ist teilweise schon erwähnt worden – liefern uns die bundeseigenen Forschungseinrichtungen Friedrich-Loeffler- und Johann-Heinrich-von-Thünen-Institut, die auch im kommenden Jahr finanziell wieder gut ausgestattet werden, besonders in heutigen Zeiten, wo Zoonosen und Viren – die Themen sind wirklich nah dran – mehr als aktuell sind. Die Erkenntnisse müssen dann aber auch von der Politik aufgenommen und politisch umgesetzt werden.

Die Bundesforschungsinstitute beschäftigen sich auch mit Fragen, wie sich unsere Gesellschaft die Tierhaltung vorstellt und wie Tierhaltungssysteme zukünftig aussehen müssen, um dem Tierwohl und dem Klimaschutz gerecht zu werden.

Mit dem beschlossenen Klimaschutzprogramm 2030 hat sich das Bundeslandwirtschaftsministerium verpflichtet – das gilt natürlich auch in der Tierhaltung –, CO₂, Methan und Lachgas einzusparen. Das geht nur mit modernen Ställen, mit einem guten Außenklimamanagement, Luft, Licht, geringerer Besatzdichte und Tiergesundheitsdatenbanken.

Ein Schritt möglicher Verbesserungen im Stallbau ist zum Beispiel das Bundesprogramm Nutztierhaltung, das mit 38 Millionen Euro ausgestattet ist. Daraus sollen unter anderem die Ställe der Zukunft, besonders im Bereich Rind und Geflügel, finanziert werden.

Die Zukunft der Tierhaltung und dazugehörige Ställe hängen ganz entscheidend von den Ergebnissen der Arbeitsgruppen der Borchert-Kommission ab, die zum Jahresanfang vorliegen sollen, um noch vor Ende der Wahlperiode – jawohl, ich bin optimistisch – die Umset-

Susanne Mittag

- (A) zung eines verpflichtenden Tierwohllabels für alle drei Nutztierarten zu verwirklichen. Da ist noch Luft nach oben.

(Beifall bei der SPD)

Viel Zeit bleibt da nicht. Wie anfällig unser System der Nutztierhaltung ist, haben die Coronapandemie mit ihren Auswirkungen auf die Schlachtindustrie – ist auch schon erwähnt worden – und die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest, kurz ASP, gezeigt. Die Vogelgrippe lauert im Übrigen auch schon. In Sachen ASP werden im Bundeshaushalt übrigens immer noch ausreichend Gelder vorgehalten, um jederzeit weitere notwendige Maßnahmen ergreifen zu können.

Aber Verbesserungen nicht nur bei Schwein, Rind und Geflügel sind notwendig. Unterstützung wird es im kommenden Jahr auch wieder für die Weidetierhaltung – ist schon erwähnt worden – geben, vor allem aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Daraus soll auch Regionalisierung von Schlachthöfen gefördert werden. Ich denke, die Einsicht in diese Notwendigkeit ist inzwischen auch überall angekommen.

750 000 Euro gibt es für die Unterstützung der Wanderschäfer beim Schutz der Schafe vor dem Wolf. Eine breitere Aufstellung wäre auch schön gewesen, aber das ist immerhin etwas. Und 300 000 Euro gibt es für das Kompetenzzentrum Weidetierhaltung und Wolf; mein Kollege Carsten Träger hat es schon erwähnt, Herr Haase auch. Trotzdem sind die kleinen Weidetiere bei Förderungen immer noch massiv benachteiligt und müssen in Zukunft stärker unterstützt werden. Sie haben eine wichtige ökologische Funktion, sind beliebt – werden gern gesehen, werden aber auch gern gegessen –; aber für den Halter sind sie wirtschaftlich gesehen absolut katastrophal.

(B)

Im Etat geht es aber nicht nur um Nutztiere. Einen kleinen Posten wird es in diesem Jahr neu im Haushalt geben: So soll es zukünftig möglich sein, aus dem Bereich für Digitalisierung in der Landwirtschaft die Anschaffung von Drohnen mit Infrarotsensor zu fördern. Damit können zum Beispiel Hegeringe vor der Mahd nach Rehkitzen suchen und diese auch finden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Damit können später – im Rahmen des Klimawandels – auch Brandherde im Wald ausgemacht werden. Bei allen technischen Gerätschaften am Mäher ist die Effizienz von Drohnen unübertroffen. Sie sind zum Beispiel auch geeignet, Wildschweine in ASP-Sperrgebieten ausfindig zu machen.

Eine coronabedingte Besonderheit gibt es in diesem Jahr in diesem Haushalt: Mit 5 Millionen Euro soll den knapp 600 Tierheimen in Deutschland geholfen werden. Das ist sehr außergewöhnlich. Aber ich freue mich sehr, dass wir den engagierten Betreibern und Unterstützern von Tierheimen mit dieser finanziellen Förderung zeigen können, dass wir ihren Beitrag zum Tierschutz und letztendlich auch für die Menschen wertschätzen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Sie haben keine finanziellen Puffer. Wir haben viel diskutiert, und die Haushälter haben eine kreative Lösung gefunden; das hat mein Kollege Carsten Träger auch schon gesagt. Und, jawohl, Landwirtschaft und Umwelt können auch zusammenarbeiten. Das hat hier super geklappt. Ich möchte dafür auch unserem SPD-Haushälter Uli Freese dafür danken, dass er das mit reinverhandelt hat.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss kümmern wir uns aber auch um die ganz Kleinen: 35 Millionen Euro gehen in den Insektenschutz. Deren Wichtigkeit dürfte hier auch nicht mehr strittig sein.

Ich denke, das ist alles in allem ein Haushaltspaket, das in die richtige Richtung weist, gute Ansätze zeigt, aber auch zeigt, dass das erforderliche Invest in die ernährungs- und landwirtschaftliche Zukunft in den nächsten Jahren noch ganz erheblich sein wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Susanne Mittag.

Einen schönen Tag von mir Ihnen, liebe Kollegen und Kolleginnen! – Nächste Rednerin: für die Fraktion Die Linke Heidrun Bluhm-Förster.

(Beifall bei der LINKEN)

Heidrun Bluhm-Förster (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin! Die Kollegin Mittag vor mir hat es bereits ausgeführt: Der Haushalt des Einzelplans 10 ist leicht aufgewachsen, aber vor allem bei der landwirtschaftlichen Sozialversicherung. In den anderen Bereichen hat der Haushalt sich nicht wesentlich verändert, außer beim Wald; dazu wird aber meine Kollegin Frau Tackmann nachher noch etwas sagen. Wir haben aber auch keine gravierenden Kürzungen. Insofern ist die Frage: Ist das nun gut, oder ist das schlecht? Gut ist, dass wir am Ende der Woche einen Haushalt für diesen Einzelplan haben werden. Nicht so gut ist, dass es nicht gelungen ist, ihn mit der Landwirtschaft und mit der Umwelt so abzustimmen, dass wir alle gemeinsam mit diesem Etat dann auch zufrieden wären.

(Beifall bei der LINKEN)

Um sozial, ökologisch und ökonomisch eine nachhaltige Wirkung vor allem für die ländlichen Räume zu erreichen, müssen auch hier alle an einem Strang ziehen. Auch das läuft aus unserer Sicht noch nicht so gut.

Jüngste Pressestimmen zum Dritten Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume gehen in eine deutliche Richtung. Zum Beispiel sagt die „Hessische Allgemeine“ zu diesem Bericht:

Förderprogramme zur Unterstützung ländlicher Regionen gibt es mehr als genug. ... An Geld mangelt es nicht. Trotzdem kann von einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse keine Rede sein. ... Der Feh-

(C)

(D)

Heidrun Bluhm-Förster

- (A) ler scheint im System zu liegen. ... So wichtig zweckgebundene Förderprogramme von EU und Bund und Ländern auch sind, gehen sie häufig an den spezifischen Bedürfnissen vor Ort vorbei.

Der „Tagesspiegel“ hält fest, dass „viel Geld“ „unge- nutzt liegenbleibe. ... Unter anderem, weil die Förderkriterien des Bundes und einiger Länderprogramme nicht wirklich zusammenpassen“.

Und auch das Berlin-Institut stellt fest:

An dem Anspruch, regionale Lebensbedingungen und Teilhabechancen in eine ausgewogene Balance zu bringen und sie damit unabhängiger vom konkreten Wohnort und Lebensmittelpunkt der Bevölkerung zu machen, ist die Mehrzahl der Förderprogramme trotz der bislang guten finanziellen Rahmenbedingungen gescheitert.

Die Konsequenz ist also klar, meine Damen und Herren: Kein Unternehmen wird sich in einer Region niederlassen, in der das Internet langsam und die Infrastruktur lückenhaft ist.

Darüber hinaus sind Kommunen immer mehr von Fördermitteln als Finanzierungsinstrument für kommunale Investitionen abhängig: Mittlerweile sind 27 Prozent aller Kommunen in Deutschland nicht mehr aus eigener Kraft in der Lage, zu investieren. 2016 waren es nur 17 Prozent, was auch schon schlimm genug war. Ohne Fördermittel von EU und Bund oder auch von den Ländern geht also schon lange nichts mehr. Darüber hinaus mangelt es den Gemeinden mittlerweile auch an ausreichenden Kompetenzen, ihre Belange selbst in die Hand zu nehmen. Solange sich daran nichts ändert und solange die Kommunen das auch für sich nicht im ländlichen Raum klären können, bleiben sie weiter am Tropf der Länder und sind von kommunaler Selbstverwaltung Galaxien entfernt.

- (B)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 23. November 2020 erreichte uns alle der Bericht des Bundesrechnungshofes zur Mittelverwendung des BMEL. Insbesondere haben sie die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ untersucht. Um es vorwegzunehmen: Dieser Bericht ist verheerend. Dass die GAK einen dringenden Reformbedarf hat, das sagen nicht nur die Länder, auch meine Fraktion hat das seit vielen Jahren hier immer wieder vorgetragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Bericht des Bundesrechnungshofes heißt es unter vielem anderem, dass das BMEL seine Aufgabe weitgehend auf die Zuweisung von Mitteln an die Länder beschränkt, ohne innerhalb des Rahmenplanes deren wirtschaftliche Verwendung vorzugeben. Darüber hinaus habe es das BMEL versäumt, Ziele hinreichend zu definieren oder Indikatoren zu bilden, womit es unmöglich werde, Rechenschaft darüber abzulegen, ob die Förderung notwendig oder wirtschaftlich war. Damit seien Fehlentwicklungen nicht rechtzeitig erkennbar, und auf zukünftige Förderentscheidungen könne nicht geschlossen werden. Und: Die Mittelverwendung werde auch nicht kontrolliert.

(C) So bewältigen wir die Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen strukturstarken und strukturschwachen Gebieten leider nicht. Länger werdende Wege zum Krankenhaus, absehbarer Hausärztemangel, mangelnde Alternativen zum privaten Pkw statt ÖPNV, das immer noch nicht flächendeckend verfügbare Breitband, der Abbau von Nahversorgungsstrukturen, Kitas und Schulen, kommunale Verwaltungen sind überbelastet: All das ist längst bekannte Traurigkeit.

Dabei sind Lösungen nicht schwer zu finden; denn die in den ländlichen Räumen selbst Lebenden wissen vor Ort am besten, was ihnen fehlt.

(Beifall bei der LINKEN)

Förderprogramme müssen endlich vereinheitlicht werden, Programmkonkurrenzen müssen vermieden werden, und insgesamt muss auch ein Überblick hergestellt werden, damit die Antragstellung nicht zu einer Herkulesaufgabe mit ungewissem Ausgang wird oder gar zu Rückforderungen von ausgereichten Fördermitteln führt. Aber Letzteres kann ja nach dem Bericht des Bundesrechnungshofes kaum passieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein wichtiger Ansatz, um Klimaschutz, Gesundheit und soziale Sicherheit zu verbinden, ist eine beitragsfreie und nachhaltige Schul- und Kitaverpflegung für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland.

(Beifall bei der LINKEN)

(D) Wir haben diesen Vorschlag in unseren Entschließungsantrag noch mal aufgenommen. Wenn Sie das bewerkstelligen wollen, können Sie unserem Antrag folgen.

Wir können Ihrem Haushalt insgesamt allerdings nicht folgen, und deshalb werden wir ihn ablehnen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Heidrun Bluhm-Förster. Wo ist die Maske? Nicht vergessen. Das gilt für alle. – Nächster Redner: für Bündnis 90/Die Grünen Dr. Tobias Lindner.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, an Herausforderungen hat es im Bereich „Ernährung und Landwirtschaft“ in den letzten drei Jahren dieser Legislaturperiode wahrlich nicht gemangelt. Da können wir über das Bienensterben, über drei Dürresommer, über das Tierwohl, über den Verbraucherschutz, über gesunde Ernährung und über Schulernährung sprechen.

Frau Ministerin Klöckner, wenn man in Ihren Haushaltsplan hineinschaut, dann finden sich diese Begriffe teilweise durchaus auch als Überschriften von Kapiteln oder Titeln wieder. Wenn man sich aber die Frage stellt: „Sind das denn wirklich Antworten auf diese Herausforderungen?“ – es wäre gerade jetzt, in dieser Situation,

Dr. Tobias Lindner

- (A) Zeit für Antworten –, dann muss man sagen: Sie geben mit diesem Haushaltsplan keine oder nur sehr kleine Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist in der Debatte schon angesprochen worden: Ihr Ministerium ist bei einer Sache, nämlich beim schlechten Abfluss der Haushaltsmittel, fast Spitzenreiter. Man könnte auch sagen: In diesem Haushaltsplan tauchen große Zahlen auf, aber wenn man sich dann anschaut, wer das Geld tatsächlich verwendet und für was es verwendet wird – das Stichwort „GAK“ ist an dieser Stelle schon gefallen –, dann sieht es durchaus dürrig und übersehbar aus.

An anderer Stelle, beim Thema Ernährung, setzen Sie auf das Prinzip Freiwilligkeit. Es ist gut, dass wir jetzt mit dem Nutri-Score eine Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln haben, die rechtssicher verwendet werden kann, aber Sie bleiben bei der Selbstverpflichtung. Sie bleiben beim Prinzip Freiwilligkeit für Unternehmen, die Produkte anbieten, die eben nicht gut für die Gesundheit sind und von denen man nicht zu viel essen sollte. Gerade über diese bräuchten die Verbraucherinnen und Verbraucher aber Informationen an der Ladentheke, um wirklich eine transparente und auch selbstbewusste Entscheidung treffen zu können. Ich sage Ihnen eines: Eine freiwillige Basis beim Thema „Nährwertampel für Lebensmittel“ öffnet dem Missbrauch und der Umgehung Tür und Tor.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Wenn wir über das Tierwohllabel sprechen, dann erinnert mich das ein bisschen an „Dinner for One“. Jedes Jahr in dieser Legislaturperiode diskutieren wir in den Haushaltsberatungen das Thema Tierwohllabel. Ich kenne niemanden hier im Haus, der ein solches Label schlecht findet; alle finden das irgendwie gut. Aber ganz im Ernst: Wann kommt es denn nun endlich? Und auch hier wieder: Eine freiwillige Basis an dieser Stelle wird Produzenten, die unter schlechten Haltungsverhältnissen produzieren, natürlich die Möglichkeit für eine Umgehung eröffnen. Das kann nicht Sinn und Zweck eines Tierwohllabels sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das Einzige, was wir feststellen können, wenn wir uns das Label anschauen, ist, dass bereits 50 Millionen Euro Steuergelder verausgabt worden sind – für eine Sache, von der ich gespannt bin, wie oft wir noch darüber reden.

Am Ende des Tages kommt dann immer das liebe Argument: Es muss EU-rechtskonform sein. – Ja, natürlich muss es EU-rechtskonform sein. Nur, die Bundesregierung hätte jetzt, während der Ratspräsidentschaft, erstens einige Monate Zeit gehabt, sich dafür einzusetzen, und zweitens: Wenn man kreativ an die Sache herangeht, das diskriminierungsfrei gestaltet und die niedrigste gesetzlich erlaubte Stufe der Haltung durch so ein Label abbildet, dann kann man das sehr wohl EU-rechtskonform umsetzen. Wo ein Wille ist, ist an dieser Stelle auch ein rechtskonformer Weg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (C) Ich will ja nicht nur schimpfen, sondern zumindest zwei Themen nennen, die Sie aufgegriffen haben, die wir Grüne auch seit Jahren fordern.

Sie haben jetzt in diesem Haushaltsplan ein Stallumbauprogramm drin. Das ist erst einmal eine gute Idee. Wenn wir von Bäuerinnen und Bauern erwarten, dass unter besseren Haltungsverhältnissen produziert wird, dann brauchen wir am Ende des Tages natürlich auch Unterstützung, dann brauchen wir Mittel dafür. Dagegen habe ich nichts; das haben wir Grüne seit Jahren gefordert.

Die Mittel dafür sollten ursprünglich nur für ein Jahr bereitstehen. Sieht man nun in Ihren Haushaltsplan, dann stellt man fest, dass Sie das dankenswerterweise so umgebaut haben, dass das für zwei Jahre zur Verfügung steht. Für den Umbau eines Stalles braucht man eine Finanzierung und auch Baufirmen. Jeder von uns, der das Baurecht und die Genehmigungsdauern kennt, wird, wie ich, große Zweifel daran haben, dass diese Herkulesaufgabe in zwei Jahren wirklich zu bewältigen ist. An dieser Stelle springen Sie, ehrlich gesagt, mit diesem Stallumbauprogramm zu kurz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gleiche lässt sich zum Konjunkturpaket Wald auch sagen. Auch hier bräuchte man eine Mehrjährigkeit. Probleme, die über Jahre hinweg beim Wald aufgewachsen sind, wird man nicht in ein oder zwei Jahren lösen können.

- (D) Insgesamt kann man über diesen Haushalt sagen: Er mag nette Überschriften enthalten, aber Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit bietet er nicht.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Dr. Tobias Lindner. – Nächste Rednerin für die Bundesregierung: Ministerin Julia Klöckner.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! „Wo ein Wille ist, ist an dieser Stelle auch ein rechtskonformer Weg“: Ich muss sagen, das ist eine sehr kreative Interpretation, Herr Kollege Lindner. Ich glaube kaum, dass Sie vor einem deutschen Gericht oder vor dem EuGH damit durchkämen.

(Dr. Tobias Lindner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schauen wir mal!)

Ich will Ihnen ganz deutlich sagen: Solche Debatten sind auch für Nicht-Agrarpolitiker wie Sie eine Chance, dazuzulernen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bundesministerin Julia Klöckner

- (A) Deshalb bin ich ganz dankbar, dass Sie vor mir geredet haben, weil Sie jetzt wirklich die Chance haben, lieber Herr Lindner, sich ein bisschen auch ins EU-Recht zumindest hineinzufühlen, auch wenn Sie es nicht verstehen wollen.

(Heiterkeit des Abg. Frank Sitta [FDP])

EU-Recht hat nichts mit Kreativität zu tun, sondern mit rechtlicher Verlässlichkeit.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Konformität!)

Es ist hochinteressant, dass Sie uns jetzt anraten – das muss man sich erst mal vorstellen –, man solle doch das Tierwohlkennzeichen auf so niedriger Stufe ansetzen – also keinen Anspruch an das Tierwohl haben –, dass man irgendein Tierwohlkennzeichen hat, mit dem man in Europa durchkommt. Das hilft nur dann, wenn man formal Politik machen will, aber nicht, wenn man fürs Tierwohl etwas erreichen will.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das sind die Grünen: Sie sind immer wieder zu einer neuen Argumentation bereit, je nachdem, wie man es gerade braucht.

Herr Lindner, gerne erkläre ich Ihnen noch etwas zum Nutri-Score – man merkt, dass Europa nicht tagtäglich Ihre Ebene ist –: Es ist schon so, dass weder Frankreich noch Belgien noch andere Länder, die den Nutri-Score nutzen, ihn verpflichtend vorschreiben dürfen, weil der europarechtliche Rahmen nicht gegeben ist.

- (B) Wenn die Grünen jetzt glauben, dass in Europa das Mehrheitsprinzip nicht mehr gelten soll, sondern nur die Deutschen Rechte haben dürfen – ich warne vor solch einer Haltung –, dann kann man natürlich Ihre Argumentation bemühen und sagen: Weil Deutschland es will, muss ganz Europa das so tun, und abgestimmt wird nicht. – Also, das ist typisch Grün: Man ist so lange für Demokratie, bis die eigene Haltung zum Tragen kommt, und dann sind alle anderen hinfällig. – Davor warne ich, weil es auch mal in eine andere Richtung gehen könnte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dann will ich kurz – ich meine, Sie haben mir so eine schöne Vorlage gegeben, worüber ich mich wirklich sehr freue – noch etwas zur GAK sagen. Herr Lindner kommt aus dem wunderschönen Bundesland Rheinland-Pfalz. Jetzt muss ich sagen: Es gibt Bundesländer, die auch wunderschön sind: Bayern schöpft die GAK-Mittel aus; die wissen, was sie wollen. Ihr Bundesland, mein Bundesland aber, wo Ihre Grünen mit an der Regierung sind, lässt Gelder beim Bund liegen, nämlich von der GAK, und zwar mehrere Millionen Euro. – Also, das müssen Sie nicht mir zum Vorwurf machen. Reden Sie mal mit Ihren Grünen in Ihrem Land, lieber Herr Lindner.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn man sich diese Debatte anhört – Herr Lindner hat es angedeutet –, dann hört man darin schon zwei Richtungen. Es gibt die eine Richtung, die nach vorne geht, und es gibt die Richtung, wofür die Grünen stehen, die rückwärtsgerichtet ist, mit der simplen Gleichung: Kleine Ställe, kleine Höfe sind besser. Das ist eine ganz

klare, simple Gleichung: je technikferner, desto ursprünglicher. Und was kleiner, besser und technikferrer ist, das ist dann auch moralisch erhabener, und das soll dann auch nachhaltiger sein. – Ich muss Ihnen, Herr Lindner, und auch den Grünen sagen, dass Ihr Leitbild von romantischen Bauernhöfen weder nachhaltig noch ein Zukunftsversprechen für die junge Generation unter den Landwirten ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denn eines ist auch klar: Wir können gerne mit Ihnen zurückschauen. Vor 500 Jahren gab es kleine Ställe, gab es viele kleine Höfe. Ja, da gab es wenige Tiere in den Ställen; aber die Ställe waren klein, in der Tat, dunkel, wenig durchlüftet, und mit Tierwohl hatte das kaum etwas zu tun. Das war auch eine Zeit, in der Hunger und Armut zum Alltag gehörten.

Deshalb sage ich: Wir machen ein anderes Angebot an die junge Generation. Wir schauen nicht nostalgisch zurück, wir schauen nach vorne. Wir machen klar: Ökologie, Ökonomie und die soziale Frage gehören zusammen, sind nicht gegeneinander zu denken, weil in Landwirtschaft auch der Begriff „Wirtschaft“ steckt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denn von diesem Beruf müssen Menschen leben, sowohl diejenigen, die ihn ausüben, aber auch die anderen, die von den Produkten leben, und das sind wir alle, wir Verbraucherinnen und Verbraucher.

Deshalb übernimmt moderne Agrar- und Ernährungspolitik Verantwortung für die 80 Millionen Menschen, über die Sie hier überhaupt nicht gesprochen haben. (D)

(Dr. Tobias Lindner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Sie haben über eines hier überhaupt nicht gesprochen: über das Thema Ernährungssicherung. Es ist auch ein Ausdruck von Hochmut, als Selbstverständlichkeit zu betrachten, dass Regale einfach immer nur voll sind. Deshalb betone ich: Das ist nicht selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Erst wenn die Ernährung gesichert ist, können wir gemeinsam die Ziele verfolgen: die Biodiversität erhalten, die Klimawirkung weiter reduzieren – nicht gegeneinander, sondern zusammen. Denn unsere Bauern haben Fairness verdient, Fairness im Umgang, darin, wie sie angesprochen werden, dass sie nicht in Gute und Schlechte unterteilt werden.

Sie haben aber auch Fairness vom Handel verdient. Deshalb war es gut und richtig, dass wir gemeinsam auf gesetzlicher Ebene eine Regelung gegen unlautere Handelspraktiken getroffen haben. Ich bin zuversichtlich, dass wir unter der Moderation unseres Ministeriums einen Verhaltenskodex zwischen Handel und den Bauern hinbekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Denn am Ende wäre es vielleicht gar nicht schlecht für die Verbraucher, wenn sie auf den Verpackungen erkennen könnten, welcher Anteil des Verkaufspreises, des Erlöses, wirklich den Bäuerinnen und Bauern zugutekommt.

Bundesministerin Julia Klöckner

(A) (Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Das sagen wir schon lange!

Deshalb sage ich auch sehr klar Danke schön an den Haushaltsausschuss, an die Große Koalition. Ich will an Frau Mittag als Vorrednerin auch Danke sagen – Sie haben es in Details dargestellt; deshalb will ich gar nicht exakt hineingehen – und vor allen Dingen an Christian Haase, der sich intensiv in die Themen nicht nur einarbeitet, sondern sie lebt und kennt und sie mit den ländlichen Räumen verbindet; denn wir bringen ländliche Räume voran. Uns geht es um die Lebensqualität in den ländlichen Räumen. Sie sind nicht die Kompensationsorte für die Wünsche der städtischen Bevölkerung. Das ist uns wichtig, deutlich zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, Folgendes: Dieser Haushalt der Großen Koalition gibt Antworten. Er polarisiert nicht weiter, wie das andere für ihr Weltbild tun, sondern er zeigt Lösungen auf. Um diese Lösungen umzusetzen, treibe ich Digitalisierung im Stall und Hightech auf dem Acker voran. Das ist kein Selbstzweck, sondern hilft, wichtige Ziele zu erreichen: Umwelt- und Klimaschutz sowie Tierschutz, aber gleichzeitig auch Einkommens- und Ernährungssicherung. Das ist nicht nachgeordnet, sondern das muss gleichzeitig gedacht, gleichzeitig geplant und auch gleichzeitig erzielt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(B) Digitalisierung hilft, unsere natürlichen Ressourcen zu schonen, aber ist auch im Verbraucherinteresse. Digitalisierung erleichtert die harte Arbeit bäuerlicher Familien. Digitalisierung ist eine Investition ins Weitermachen, in eine zukunftsfähige Landwirtschaft, in die nächste Generation. Deshalb sage ich: Bauern machen Klimaschutz. Dazu versetzen wir sie in die Lage, und deshalb gestalten wir mit ihnen zusammen einen Umbauprozess. Sie bauen ihre Ställe um. Das geht aber nicht per Knopfdruck und nicht so, als wenn man sich etwas zu Weihnachten wünscht. Das sind Menschen, die ihre Ställe umbauen, die ein Interesse an ihren Tieren haben.

Wir sehen: Es hat noch nie eine so verdichtete, eine so klare Politik gegeben, wie wir in dieser Legislatur machen, um eindeutig einen nachhaltigen Umbau beim Ackerbau – Stichwort: Ackerbaustrategie – und bei der Tierhaltung – Stichwort: Borchert-Kommission – hinzubekommen, um am Ende das Ganze mit finanzieller Unterstützung und Innovation zu hinterlegen. Deshalb: Dieser Haushalt ist gelungen, und zwar weil wir für soziale Fairness sorgen.

Frau Ihnen, Sie haben es zwar hier nicht erwähnt, aber im Ausschuss haben Sie einen Antrag gestellt. 4,2 Milliarden Euro geben wir für die soziale Sicherung der Bauern aus; die FDP will das abschaffen. Das ist eine Entsolidarisierung mit dem bäuerlichen Berufsstand.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Das ist ja unglaublich!)

Auch das will ich sehr klar und deutlich machen. Mir ist wichtig, dass Landwirte auch abgesichert sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C) Der Wald ist erwähnt worden. Wir haben das größte Umbauprogramm mit Zertifizierung für nachhaltige Wälder in der Geschichte unserer Bundesrepublik gestartet, und wir sorgen dafür, dass wir mit der sogenannten Zukunfts- und Investitionsmilliarde das fördern, was am Ende eine Win-win-Situation ist. Das heißt: nur Maschinen, die weniger Pflanzenschutzmittel und weniger Düngemittel brauchen, aber dem Landwirt den Ertrag sichern.

Das sind Lösungen, nicht entweder/oder, nicht gegeneinander, nicht gut oder schlecht, sondern für die Zukunft, für die junge Generation. Dazu brauchen wir die Förderung der ländlichen Räume. Es gibt über 40 Modellprojekte hin zu einer modernen Mobilität in den ländlichen Räumen. Sie kommt den Menschen dort zugute, sie kommt den Landwirten dort zugute und zeigt Bleibeperspektiven auf. Darum geht es uns.

Darum geht es uns auch bei der Frage der Ernährung. Deshalb haben wir einen besonderen Blick auf Kinder, auf Senioren.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Frau Kollegin, erlauben Sie eine – –

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Wir verstetigen die Investitionen, und deshalb sage ich allen, die uns unterstützt haben, herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

(D) Erlauben Sie noch eine Zwischenfrage von Frau Ihnen?

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Ja.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Frau Ihnen.

Ulla Ihnen (FDP):

Frau Ministerin, Sie haben eben behauptet, die FDP habe in den Haushaltsberatungen einen Antrag gestellt, die gesamte landwirtschaftliche Sozialversicherung abzuschaffen. Da ich diesen Antrag nicht kenne, wäre ich sehr dankbar, wenn Sie ihn mir zuschickten, und dann können wir uns ja darüber unterhalten, wo Sie sich vielleicht in angemessener Form entschuldigen. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Darf ich antworten?

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Ja, klar.

(A) **Julia Klöckner**, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Liebe Frau Ihnen, wir beide wissen, dass Sie von der Eigenständigkeit der landwirtschaftlichen Sozialversicherung nicht viel halten, und wir zwei kennen uns auch von der Arbeit in den Ausschüssen. Regelmäßig, so auch dieses Mal, haben Sie wieder dafür plädiert, dass die Eigenständigkeit der landwirtschaftlichen Sozialversicherung keine Zukunft hat.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Unsinn!)

Deshalb will ich Ihnen sagen, dass wir als Christdemokraten uns dafür einsetzen, dass Bauern bei Krankheit, bei Unfällen und auch im Alter abgesichert werden.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Der Unterschied zwischen Altersversorgung und Unfallversorgung müsste Ihnen bekannt sein!)

Deshalb haben wir nicht gekürzt, so wie es die FDP will, sondern wir haben in die landwirtschaftlichen Krankenkassen sogar noch 30 Millionen Euro hineingegeben. Da gibt es eben auch Unterschiede: Sie legen Ihren Schwerpunkt auf etwas anderes; wir legen ihn darauf, Familien in sozial schwierigen Fällen oder Situationen zu unterstützen.

So kann man Politik unterschiedlich machen. Ich habe betont: Wir geben ein klares Bekenntnis für die Bauernfamilien ab.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Das ist unredlich!)

(B) **Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Julia Klöckner.

(Zurufe von der FDP)

– Herr Dr. Hocker ist ja gleich noch dran. Jetzt nicht; es kommt noch jemand dazwischen. – Nächster Redner: für die AfD-Fraktion Wilhelm von Gottberg.

(Beifall bei der AfD)

Wilhelm von Gottberg (AfD):

Frau Präsidentin! Frau Ministerin Klöckner! Meine Damen und Herren! Mit einem Aufwuchs um 9 Prozent leistet auch der Agrarhaushalt seinen Beitrag zum hohen Defizit des Gesamthaushaltes 2021 – leider. In der Debatte zur Düngeverordnung hat der geschätzte Kollege Johannes Röring ausgeführt, die Arbeitsgruppe Landwirtschaft seiner Fraktion werde von der AfD geringgeschätzt. Dabei seien seine Kollegen in der Arbeitsgruppe „echte Fachleute“, „Bauern, die ihr Handwerk verstehen“. Und dann in Richtung AfD: „Und Sie sind Schaumschläger.“ Echo aus der CDU/CSU-Fraktion: Die können nichts anderes! – Ich werde nicht mit Polemik antworten. Klar ist: Ein hervorragender landwirtschaftlicher Betriebsleiter ist noch lange kein exzellenter Parlamentarier.

Offensichtlich sind die haushaltspolitischen Grundsätze für die selbsternannten „echten Fachleute“ Schall und Rauch. Andernfalls hätten sie für eine Korrektur bei dem inflationären Stellenaufwuchs im Teilhaushalt 10 sorgen müssen. Stellenaufwuchs im Agrarministerium

in 2020 und 2021: 137 Stellen. In den nachgeordneten Instituten sind es 350 Stellen. Im Verantwortungsbereich des Ministeriums ist das also ein Aufwuchs um 487 Stellen in den letzten beiden Jahren. Sparsamkeit, meine Damen und Herren, geht anders.

(Beifall bei der AfD)

Sie sollten sich Wilhelm Brese zum Vorbild nehmen, ehemaliger CDU-MdB von 1949 bis 1969,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bauer aus dem Kreis Celle, 20 Jahre Mitglied im Haushaltsausschuss. Er hat nicht zugelassen, dass Steuergeld für Nichtigkeiten ausgegeben wurde. 1955 hat er als Einzelter einen Antrag ins Parlament eingebracht, zukünftig jede vierte freierwerdende Stelle im öffentlichen Dienst unbesetzt zu lassen. Der Antrag ging durch, und Brese war bei seiner Fraktion unten durch. Als Brese 1969 den Bundestag verließ, war eine Haushaltsrücklage in Höhe von 20 Milliarden D-Mark vorhanden. Dies gelang, obwohl drückende Finanzlasten aufgrund des Wiederaufbaus und der schweren Erblast der beiden verlorenen Kriege bedient werden mussten.

Das Ministerium alimentiert auch selbstständige Organisationen, soweit diese der Landwirtschaft zuzuordnen sind. Der Zuschuss für das Biomasseforschungszentrum wurde gegenüber 2020 um 30 Prozent gekürzt. Gut so! Leider nur ein Einzelfall. Bei der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe gibt es 70 Prozent Aufwuchs gegenüber dem Planansatz von 2020. Auf Seite 97 des Plans finden wir zwei exotische Organisationen, die ich bereits bei der vorjährigen Debatte über den Haushaltsplan als Beispiele für reine Steuergeldverschwendung genannt habe: die Internationale Walfangkommission und die Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis. Der Walfang ist nicht Sache Deutschlands, und um die Erhaltung der Meeresschätze in der Antarktis sollen sich die Anrainerstaaten kümmern.

Schließlich: Die Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa erhält aus dem Agrarhaushalt 600 000 Euro. Und dafür sollen wir die Hand heben?

(Gabriele Katzmarek [SPD]: Ihre Hand brauchen wir nicht!)

Eine Zumutung!

Der voluminöse Teilhaushalt 10 mit seinen Förderprogrammen, mit GAP und GAK, mit Sonderrahmenplänen und den landespolitischen Ergänzungsprogrammen ist für die meisten landwirtschaftlichen Betriebsleiter kaum schlüssig zu begreifen.

Einige Details:

Erstens: die Bauernmilliarde, zugesagt zu Beginn dieses Jahres, um die demonstrierenden Bauern beim Vollzug der Düngeverordnung ein wenig zu besänftigen, verteilt auf vier Jahre. Tatsächlich kommt bei den Bauern nur eine Dreiviertelmilliarde an, der Rest versickert – Gießkannenprinzip.

(C)
(D)

Wilhelm von Gottberg

(A) Zweitens. Ausweislich des Entwurfs kommen 160 Millionen Euro aus dem Einzelplan 60 – Allgemeine Finanzverwaltung. Verwendungszweck: sieben Einzelmaßnahmen mit Schwerpunkt ökologischer Landbau und Moorbödenkultivierung. Meine Damen und Herren, das kann auch in die Nachcoronazeit verschoben werden.

Drittens. Das Klimaschutzprogramm 2030, Dürrehilfe für den Wald: 800 Millionen Euro, davon 253 Millionen Euro von den Ländern, und das verteilt auf vier Jahre – also pro Jahr etwa 200 Millionen Euro, wenn denn die Länder mitfinanzieren. Dem derzeitigen katastrophalen Zustand des Waldes hilft das nur wenig. Die Experten Schirmbeck und von der Marwitz haben bereits im April 2019 festgestellt, dass der Wald ein Sofortprogramm in Höhe von 2,3 Milliarden Euro benötigt. Wo bleibt ein großzügiges Aufforstungsprogramm für 300 000 Hektar Kahlfläche?

Viertens. In der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, GAK, finden wir das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung, BULE. Bei BULE sind dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Ein Beispiel, und dies ist beileibe kein Einzelfall: Eine Laienschauspieltruppe bekam in diesem Jahr aus dem Bundesprogramm BULE 100 000 Euro für das Theaterprojekt „Bauern, Hippies, Feuerwehr! – Ein Landkreis macht Theater“, und dies in einer Zeit, in der viele Milchbauern, die Schweinemäster, die Kartoffelbauern und die Forstbetriebe wegen totalen Preisverfalls vor dem Aus ihrer Existenzen stehen. Marktstützungsmaßnahmen sind angesagt, aber nicht die Förderung von Laienschauspielern und sonstigen Nichtigkeiten.

(B)

(Beifall bei der AfD – Christian Haase [CDU/CSU]: Denken Sie doch mal an Menschen!)

Die gesamte Förderpraxis des Agrarhaushaltes gehört auf den Prüfstand, ausgenommen die erste Säule der GAP. Sie ist eine Lebensversicherung für die landwirtschaftlichen Betriebe.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Denken Sie an Ihre Redezeit, bitte. Sie sind deutlich drüber.

Wilhelm von Gottberg (AfD):

Ich komme zum Ende. – Das Geld zur Linderung der Coronaprobleme muss vorrangig durch Einsparungen und Umschichtungen im Haushalt gewonnen werden.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke schön, Kollege von Gottberg. – Nächste Rednerin: für die SPD-Fraktion Nezahat Baradari.

(Beifall bei der SPD)

Nezahat Baradari (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bitte erlauben

Sie mir zu Anfang eine Bemerkung. Herr Kollege von Gottberg, wir befinden uns im 21. Jahrhundert, und heute ist der 8. Dezember 2020. Es gibt keine D-Mark mehr; wir haben inzwischen den Euro.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Thomas Lutze [DIE LINKE])

Wie meine Kollegin Susanne Mittag schon erwähnte: Mit 7,66 Milliarden Euro für das Jahr 2021 ist der Haushalt des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ein Rekordhaushalt. Seit der Wiedervereinigung ist das der größte Haushalt in der Geschichte des Ministeriums. Das ist auch gut so. Denn nicht nur die Coronapandemie, sondern auch der Klimawandel, das Insektensterben und die Schäden in unseren Wäldern erfordern umfassende Maßnahmen, die einer ausreichenden Finanzierung bedürfen.

Besonders für mich als Kinder- und Jugendärztin mit der Zusatzbezeichnung Ernährungsmedizin sind es jedoch nicht nur die großen agrarpolitischen Fragen, die diesen Haushalt besonders wichtig machen. Zu den zentralen Aufgaben des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft gehört auch der gesundheitliche Verbraucherschutz, der hier leider viel zu selten thematisiert wird. Denn so wie die Gesundheit unserer Wälder wichtig für uns ist, ist die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger und unserer Kinder nicht minder wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Gesundheitsschutz darf nicht erst im Krankheitsfall beginnen.

(D)

Erstens. Unsere Kinder brauchen die Sicherstellung einer guten und gesunden Ernährung, insbesondere in Kitas und Schulen. Diese muss für jede Familie erschwinglich sein. Die Nahrungsmittel müssen den höchsten Sicherheitsanforderungen entsprechen, streng geprüft sein und bedenkenlos konsumiert werden können.

Bereits in der ersten Lesung dieses Haushaltsentwurfs vor einigen Wochen machte ich daher auf die Gefahr durch Hormongifte, sogenannte endokrine Disruptoren, aufmerksam. Diese Chemikalien werden oftmals als Weichmacher im Plastik eingesetzt und stellen eine ernstzunehmende Gefahr für die Gesundheit von Mensch und Tier dar. Besonders Kinder sind gefährdet. Der Kinder-Umwelt-Survey hat gezeigt, dass sich in allen der insgesamt 600 untersuchten Blut- und Urinproben Abbauprodukte von gefährlichen endokrinen Disruptoren befanden. Diese Stoffe können Krebserkrankungen auslösen, die Fruchtbarkeit hemmen und Verhaltensstörungen von Kindern verursachen. Leider wissen wir immer noch viel zu wenig über die genauen Wirkungsweisen dieser Stoffe und kommen bei der politischen Regulierung kaum voran.

Vielen Menschen sind die Gefahren, die von Hormongiften ausgehen, schlichtweg nicht bekannt, auch wenn es Apps gibt wie ToxFox vom BUND. Daher muss unser Ziel sein, dass belastete Produkte gar nicht erst in die Supermarktregale gelangen.

(Beifall bei der SPD)

Nezahat Baradari

- (A) Daher begrüße ich sehr, dass – zweitens – im Haushalt nun eine Studie verankert ist, mit der die Wirkung von Hormongiften genau untersucht wird; denn nur, wenn wir hier Mittel in die Hand nehmen und Forschung ermöglichen, können wir die Sicherheit und die Gesundheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern wirksam schützen und unserer Fürsorgepflicht als Gesetzgeber nachkommen.

Ein dritter wichtiger Aspekt, welcher sich erfreulicherweise im Haushalt wiederfindet, ist die Erforschung der Sicherheit von Tätowiermitteln. Auch hierbei handelt es sich um ein Thema, welches insbesondere junge Menschen betrifft. Knapp die Hälfte aller 20- bis 30-Jährigen in Deutschland trägt mindestens ein Tattoo auf der Haut. Ich habe mich in den vergangenen Monaten intensiv mit Tätowierern und mit Wissenschaftlern über diese Thematik ausgetauscht. Klar wurde dabei: Tattoos sind dabei nicht bloß Modeaccessoire oder ein vergänglicher Trend. Tattoos sind für ihre Trägerinnen und Träger nicht selten Ausdruck ihrer Persönlichkeit oder die dauerhafte Visualisierung besonderer Erinnerungen. Tattoos können vielen Menschen helfen, wenn es darum geht, traumatische Ereignisse zu verarbeiten. Und auch medizinisch können Tattoos durchaus sinnvoll sein. Sie können Narben überdecken, zum Beispiel nach einer Brustoperation, oder Borderlinepatienten dabei helfen, selbstverletzendes Verhalten abzulegen.

- (B) Was den meisten dabei jedoch nicht bekannt ist: Tattoofarben können eine ernste Gefahr für den menschlichen Körper darstellen. Dabei geht es nicht nur um die akuten Nebenwirkungen wie Rötungen, Schwellungen oder allergische Reaktionen, sondern um mögliche langfristige Folgen. Pigmente aus Tattoofarben können aus der Haut direkt in die Lymphknoten wandern und sich dort ansammeln und somit in den Körper gelangen. Gesundheitliche Gefahren, besonders langfristige, sind indes nicht ausreichend erforscht.

Die in Deutschland geltende Tätowiermittel-Verordnung greift bisher leider zu kurz. Hier sind nur besonders gefährliche Stoffe verboten. Viele potenziell gefährliche Stoffe und Pigmente fliegen immer noch unter dem Radar. Umso mehr freue ich mich, dass auch Mittel für eine Forschungsstudie zu Tattoofarben im Haushalt verankert werden konnten. Wir brauchen eine Positivliste; denn diese Positivliste würde für mehr Sicherheit für Verbraucherinnen und Verbraucher und für die vielen Tattoostudios in Deutschland sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Als SPD-Bundestagsfraktion setzen wir uns auch mit diesem Haushalt für konsequenten Verbraucherschutz, Schutz für Kinder und Schutz für Tiere ein.

Zum Schluss möchte ich mich bei allen Abgeordneten bedanken, die in den Haushaltsverhandlungen waren, und insbesondere bei meinem Kollegen Ulrich Freese.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Carina Konrad [FDP]: Das ist das, was die SPD zum Agrarhaushalt zu sagen hat! – Stephan Protschka [AfD]: Zu viele Bauern sind tätowiert!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

(C) Vielen Dank, Nezahat Baradari. – Wir haben uns auch gerade unterhalten, wer wohl im Bundestag Tattoos hat; das wollen wir jetzt wissen.

(Heiterkeit)

Herr Dr. Hocker, jetzt sind Sie gefordert. Nächster Redner: für die FDP-Fraktion Dr. Gero Hocker.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde weniger über Tattoos sprechen, sondern eher auf die Rede der Ministerin von eben Bezug nehmen; das erwarten Sie wahrscheinlich auch schon, Frau Ministerin. Denn Sie haben erklärt, dass die FDP in den Haushaltsberatungen beantragt habe, dass die Zuschüsse für die soziale Sicherung der Landwirte abgeschafft werden sollen. Ich sage Ihnen: Das ist die Unwahrheit! Ich kann die Forderung von Frau Ihnen nur wiederholen, dass Sie uns bitte bis zum Freitag, wenn die Abschlussabstimmung stattfindet, diesen Antrag einmal vorlegen. Er existiert nicht, und deswegen werden Sie damit nicht erfolgreich sein.

Wahr ist aber, Frau Ministerin, dass Sie selber im Thüringer Landtagswahlkampf im Herbst 2019 angedroht haben, dass etwaige Strafzahlungen bei Nichteinhaltung der Düngeverordnung mit den freiwilligen Leistungen zur Rentenversicherung der Landwirte verrechnet werden könnten. Das ist Ihr Fehler gewesen, verehrte Frau Ministerin, und Sie wollen einfach von sich auf andere ablenken.

(Beifall bei der FDP)

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor einem Jahr haben in Deutschland die größten Bauernproteste stattgefunden, die es in unserem Land seit 1949 jemals gegeben hat. Die Hoffnungen damals sind groß gewesen, dass sich in den kommenden zwölf Monaten die Situation der Bäuerinnen und Bauern in Deutschland tatsächlich verbessern würde. Es hat viele runde Tische gegeben; es hat viele Diskussionsprozesse und Dialogprozesse gegeben, die angestrebt wurden. Es gab damals und es gibt heute eine große Geschlossenheit innerhalb der Branche. Es hat viele Beteuerungen der Politik gegeben, und es hat eine Zeit der EU-Ratspräsidentschaft von Deutschland gegeben. Das alles hat Hoffnungen genährt.

Zwölf Monate später, meine sehr verehrten Damen und Herren, demonstrieren Landwirte wieder, oder lassen Sie mich sagen: immer noch, und zwar aus einem einzigen Grunde: weil sie das Gefühl haben, dass in den letzten zwölf Monaten nichts, aber auch wirklich gar nichts von den Forderungen, die damals formuliert wurden, in konkrete Gesetzesinitiativen umgesetzt wurde, und das machen wir Ihnen zum Vorwurf, verehrte Frau Ministerin.

(Beifall bei der FDP)

Wenn andere Branchen, wenn einzelne Betriebe zur Zeit von Corona oder auch bei anderen Anlässen in Schieflage geraten, in prekäre Verhältnisse abrutschen, dann gibt es, sagen wir mal, häufig ähnliche Reflexe

Dr. Gero Clemens Hocker

(A) von der Politik. Da wird erst Verständnis und Betroffenheit zum Ausdruck gebracht, und danach werden häufig umfangreiche Millionen- und Milliardenprogramme auf den Weg gebracht. Bei den Landwirten wurde vor knapp einem Jahr eine Bauernmilliarde ins Spiel gebracht, die sie besänftigen sollte, und jetzt lockt der Lebensmitteleinzelhandel mit 50 Millionen Euro, um Landwirte zu besänftigen.

Man kann stolz sein auf die Landwirte in Deutschland, die sich davon eben nicht besänftigen lassen, weil sie als Unternehmer wissen, dass es nichts hilft, ihnen einmalig ein paar Scheine in die Hemdtasche zu stecken, sondern dass es darauf ankommt, dass selbstständige Unternehmer in der Situation sind, faire Rahmenbedingungen vorzufinden, damit sie ihre Betriebe tatsächlich fortführen können. Das ist unsere verdammte Aufgabe, das ist die Aufgabe von Politik, endlich dafür zu sorgen, statt irgendwelche Almosen zu verteilen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Verehrte Frau Ministerin, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft läuft in wenigen Tagen aus. Sie wäre die ideale Gelegenheit gewesen, für etwas zu kämpfen, was wirklich dazu beigetragen hätte, dass Boden, Luft, Wasser und auch das Tierwohl, und zwar europaweit, geschützt werden würden, indem Sie nämlich innerhalb dieser Amtszeit dafür gerungen, gekämpft, gestritten hätten, dass es zumindest innerhalb Europas endlich eine Angleichung von Wettbewerbsstandards gibt.

(B) Denn was wir gegenwärtig erleben, ist, dass es diese einheitlichen Wettbewerbsstandards in einem europäischen Binnenmarkt eben nicht gibt. Ganz im Gegenteil: Der süd- oder der osteuropäische Berufskollege des deutschen Landwirts produziert zu niedrigeren Standards, und das führt dazu, dass auf den Tellern von Verbrauchern in diesem Binnenmarkt und in Deutschland Produkte landen, die zu Standards erzeugt wurden, verehrte Kolleginnen und Kollegen, die man einem deutschen Landwirt niemals zugestehen würde. Damit erweist man dem Tierwohl und der Wasser-, Boden- und Luftqualität in Europa einen Bärendienst, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben ausführlich über Fairness gesprochen, die man Landwirten entgegenbringen müsste, Frau Ministerin. Zu Fairness würde dazugehören, dass hier in diesem Hohen Hause Politiker tatsächlich auch mal den Rücken gerade machen und auch zu unpopulären Botschaften stehen. Eine dieser unpopulären Botschaften ist, dass es nicht sein kann, dass Verbraucher, wenn am Sonntagmorgen ein Umfrageinstitut anruft, zu 90 Prozent erklären, sie wären ja gerne bereit, einen höheren Preis für Lebensmittel zu bezahlen, wenn denn auch hohe Standards bei der Produktion eingehalten werden, es gleichzeitig aber nur 10 Prozent der Menschen sind, die tatsächlich zu höherpreisigen Lebensmitteln greifen.

Da ist es auch Aufgabe der Politik, unpopuläre Botschaften zu verkünden und auch den Verbraucher mit in die Pflicht zu nehmen, nämlich dass diese Bigotterie nicht funktioniert. Wer hohe Standards fordert, verehrte

Kolleginnen und Kollegen, der muss auch bereit sein, dafür einen angemessenen Preis zu bezahlen. Und ganz offenbar bedarf es einer kleineren Fraktion in diesem Hohen Hause, die diese unpopulären Botschaften tatsächlich auch formuliert, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Unpopulär ist auch, dass Sie jetzt sofort zum Schluss kommen müssen.

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Das ist mein letzter Satz, verehrte Frau Präsidentin. – Ich bin der festen Überzeugung, dass es Landwirten darüber hinaus besser gehen würde, wenn Politik etwas, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müsste, wieder mehr Raum verschafft, nämlich dass politische Entscheidungen auf Grundlage von wissenschaftlichen Erkenntnissen zustande kommen. Wenn ich sehe, wie fadenscheinig und wie lückenhaft die Anfrage, die wir ans Umweltministerium formuliert haben, –

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Kollege.

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

– beantwortet wurde, dann habe ich meinen Zweifel, dass diese Bundesregierung tatsächlich nach wissenschaftlichen Grundlagen entscheidet.

(D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Kollege, Sie reden über Fairness. Dann müssen Sie jetzt wirklich aufhören.

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Ich bin fertig, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Ja, gut; aber so nicht. – Danke schön. Das war Dr. Hocker.

Nächster Redner: für die CDU/CSU-Fraktion Artur Auernhammer – aus Bayern.

(Beifall bei der CDU/CSU – Stephan Protschka
[AfD]: Ist ein Franke!)

Artur Auernhammer (CDU/CSU):

Geschätzte Frau Präsidentin, ich komme aus Franken.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Und Sie tragen eine bayerische Maske? Na gut, das ist ein anderes Thema.

(A) **Artur Auernhammer** (CDU/CSU):

Wenn wir die bayerischen Staatsgrenzen überschreiten, sind wir Bayern geschlossen, auch im Deutschen Bundestag.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Na ja; das wäre aber was Neues.

Artur Auernhammer (CDU/CSU):

Werte Frau Bundesministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie so oft hat uns die Rede von Gero Hocker nicht vom Hocker gehauen;

(Heiterkeit bei der CDU/CSU – Ulla Ihnen [FDP]: Was für ein lahmer Witz!)

weil wir diese Rhetorik langsam gewohnt sind.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Wenn Sie sich über Namen lustig machen, dann sinkt für Sie das Niveau, Herr Auernhammer!)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht um einen Haushalt für das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Höhe von fast 7,7 Milliarden Euro. Wenn wir über diesen Haushalt beraten, dann beraten wir auch über die deutschen Bauernhöfe, über die deutschen Bäuerinnen und Bauern.

(B) Da gibt es den Milcherzeuger in Garmisch-Partenkirchen, der sein Jungvieh oben am Kreuzeck hat, um dort für Wanderer und Skifahrer die Flächen freizuhalten. Da gibt es den Schafhalter in Niedersachsen, der mit seiner Schafherde die Deiche freihält und vielleicht Angst vorm Wolf hat. Und da gibt es die Freunde in Sachsen-Anhalt mit Feldstücken so groß wie meine Gemarkung zu Hause. Diese Vielfalt, die wir in der deutschen Landwirtschaft haben, muss sich auch in diesem Bundeshaushalt widerspiegeln. Dass wir gerade in Süddeutschland sehr viele kleine Betriebe haben, ist eine besondere Herausforderung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alle deutschen Bäuerinnen und Bauern haben auch eine Aufgabe: die 83 Millionen deutschen Einwohner mit gesunden, nachhaltigen Lebensmitteln zu ernähren. Das sollte man stärker in den Vordergrund stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn in diesen Tagen die Bauern wieder vor den Auslieferungslagern des LEHs demonstrieren – fast hätte ich gesagt: zu Recht – und so mancher LEH-Marktbeteiligter versucht, sich mit einer Einmalzahlung irgendwie freizukaufen, dann muss ich schon sagen: Da müssen wir eine Verhandlungsebene auf Augenhöhe schaffen, damit hier vernünftige und bessere Preise für unsere Bäuerinnen und Bauern erreicht werden. Dazu ist die angesprochene UTP-Richtlinie ein wichtiges Signal, und das wollen wir gerne unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Unterstützen wollen wir auch unsere heimische Landwirtschaft, wenn es darum geht, die Herausforderungen der Düngeverordnung zu bewältigen. Wir haben unterschiedliche Betriebe und unterschiedliche Anforderun-

gen. Da bin ich dankbar, dass wir für die nächsten vier Jahre fast 1 Milliarde Euro im Bundeshaushalt haben. Das ist auch ein Verdienst vom CSU-Parteivorsitzenden Markus Söder in den Koalitionsverhandlungen.

(Zurufe von der SPD und der FDP: Oh!)

Ich freue mich darauf, dass wir das Geld zielgerichtet einsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wichtig ist auch, dass wir zukunftsorientiert handeln, dass wir nach vorne schauen. Und – lieber Rainer Spiering, pass jetzt auf! – wenn wir nach vorne blicken, ist die Digitalisierung ein großes Thema auch für unsere Land- und Ernährungswirtschaft. Ich bin froh, dass in diesem Bundeshaushalt Geld in die Hand genommen wird und investiert wird, zum Beispiel bei der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf. Die liegt zufälligerweise bei mir im Wahlkreis; wo sonst als in Franken ist digitale Traktorenteknologie anzusiedeln?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht darum, dass wir das, was wir in Forschung und Entwicklung in Deutschland auf den Weg bringen, auch auf die Felder, in die Ställe bringen. Wir müssen das transformieren. Wir müssen hier nach vorne schauen und unsere Landwirtschaft modern aufstellen.

(D) Die Situation im Schweinesektor kann ich hier nicht unangesprochen lassen. Wir haben hier schon öfter darüber diskutiert. Die Probleme haben in erster Linie unsere Zuchtsauenhalter, die keine Absatzmöglichkeiten für ihre Ferkel mehr haben. Deshalb sind wir alle gefordert, hier in den nächsten Tagen und Wochen entsprechende Beschlüsse zu fassen. Ich bin dankbar, dass wir in dem Arbeitsschutzgesetz, das jetzt auf dem Weg ist, auch ein Signal an die Metzgerschaft senden, damit hier ein direkter Vermarktungsweg ermöglicht wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir ist auch wichtig, dass wir in dieser Debatte das Thema Wald ansprechen. Wir haben sehr viel Geld in die Hand genommen, um den Wald umzubauen, den Wald klimatolerant zu machen. Wir müssen auch das Bauen mit Holz noch stärker unterstützen. Wir müssen noch mehr in die Forschung investieren, um herauszufinden, wo wir welche Pflanzen überhaupt noch zu pflanzen haben. Und wir müssen bei der anstehenden Novelle des Bundesjagdgesetzes über das Verhältnis von Wald und Wild reden. Da, glaube ich, sind wir sehr konstruktiv unterwegs.

Ich als Sportpolitiker kann hier nicht über einen Haushalt fürs Ernährungsministerium reden, ohne das Thema „Ernährung und Bewegung“ anzusprechen. Ja, es ist richtig: Wir haben jetzt den Nutri-Score. Wir haben jetzt eine freiwillige Deklaration der Inhaltsstoffe. Aber die Deklaration ist das eine. Wir müssen auch dafür sorgen, dass sich unsere Bevölkerung, die Menschen in unserem Land auch wieder richtig bewegen, wieder richtig Sport treiben. Das ist die wichtigste und richtigste Kombination: Sport und Ernährung.

Zum Schluss möchte ich mich ganz herzlich bei den Haushaltern für die Beratungen zum Agrarhaushalt bedanken, namentlich bei unserem Christan Haase. Ich

Artur Auernhammer

- (A) bedanke mich besonders herzlich, wenn ihr auch bei den nächsten Haushaltsberatungen unseren Etat so intensiv berücksichtigt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Das hat mich jetzt noch weniger vom Hocker gerissen! – Gegenruf des Abg. Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ausnahmsweise gebe ich dem Herrn Hocker mal recht!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Artur Auernhammer. – Nächste Rednerin: für die Fraktion Die Linke Dr. Kirsten Tackmann.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Etat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft geht es um 7,7 Milliarden Euro. Das ist viel Geld. Es wird aber auch dringend gebraucht; denn es brennt an allen Ecken: Afrikanische Schweinepest, Coronapandemie, Vogelgrippe, Missernte, Insektenschwund, Tierwohldefizite, sterbende Wälder, Küstenfischerei am Limit, Agrarbetriebe geben auf.

Einige Probleme greift der Agraretat in der Tat auf, hoffentlich nicht zu spät. Aber als Ausbilderin von Rettungshundeteams habe ich ja gelernt, dass man kleine Fortschritte mit Lob verstärken muss.

(B)

(Heiterkeit)

Also: Ja, es ist gut, dass es nun ein Kompetenzzentrum für Weidetierhaltung geben soll. Ich fordere das als Herdenschutzzentrum schon seit 2011. Aber ehrlich gesagt: Angesichts der mickrigen Finanzierung ist das ja wohl eher ein Alibiprojekt. Da muss die Koalition wirklich eine Schippe drauflegen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Eine Soforthilfe für die gestressten Wälder hat Die Linke sehr früh gefordert. Nun kommt Geld, aber ziemlich schleppend. Und es erreicht vermutlich nicht die Klein- und Kleinstwaldbesitzenden. Aber ohne schnelle Hilfe werden gerade diese ihren Wald verkaufen müssen – leider eben nicht an die Nachbarschaft im Dorf, sondern an Leute mit viel Geld. Damit wird auch der Wald zum Spekulationsobjekt, und das geht so nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb müssen die Waldhilfen dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Aber nicht alle Probleme lassen sich mit Geld lösen, auch nicht mit sehr viel Geld und schon gar nicht, wenn es in den falschen Taschen landet. Bei strukturellen oder sehr lange ausgesessenen Problemen funktioniert die Magie der großen Zahlen nicht. Wer zum Beispiel duldet, dass die Landwirtschaft in der Lebensmittellieferkette am Katzentisch sitzt, statt auf Augenhöhe zu verhandeln,

- (C) nimmt doch billigend in Kauf, dass keine kostendeckenden Erzeugerpreise bezahlt werden – nicht mal für Standards, die längst gesellschaftlich hinterfragt werden.

Natürlich ist es richtig, wenn auch aus dem Agraretat Unterstützung geleistet wird für den Umbau der Tierhaltung, für die Umsetzung der Düngeverordnung, für die Ackerbaustrategie, für Insektenschutz usw. usf. Und ja, das Geld wird da dringend gebraucht. Aber warum sollen das eigentlich nur die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bezahlen? Wer profitiert denn von dem falschen System der Dumpingpreise und Dumpingstandards? Das sind doch vor allem die Konzernzentralen von Supermarktketten, Schlachthöfen, Molkereien und Chemieriesen. Wenn die einfach so weitermachen können, profitieren sie auch noch von den Fördermitteln, die für höhere Standards ausgereicht werden – übrigens inklusive der Pandemiegewinne, über deren Abschöpfung man auch mal diskutieren muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber wehe, die Ministerin wagt es, das Problem mal vorsichtig anzusprechen: Dann hagelt es gleich Beschwerden bei der Kanzlerin. Ich finde das einfach nur absurd.

(Beifall bei der LINKEN)

Ja, viele Agrarbetriebe haben sich auf dieses üble Spiel eingelassen – zu lange –, aber jetzt protestieren sie Gott sei Dank an den richtigen Türen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

- (D) Sie brauchen keine Almosen, sondern sie brauchen faire Bezahlung, und die Reparatur von Systemfehlern müssen die zahlen, die vorher davon profitiert haben. Punkt!

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei geht es übrigens nicht zwingend um höhere Lebensmittelpreise, sondern es geht um faire Gewinnverteilung entlang der Lieferkette und um das Ende von Konzernübermacht. Wenn jetzt sogar die FDP das Kartellrecht einfordert, dann ist es wirklich höchste Zeit.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Übrigens geht es selbst beim Klimaschutz um Soziales; denn höhere Ernterisiken bedeuten eben auch höhere Einkommensrisiken für die Landwirtschaft. Das Ende des Liedes ist wirklich bitter. Obwohl die Hälfte des Agraretats des Bundes in die landwirtschaftliche Sozialversicherung geht, droht vielen Landwirtinnen und Landwirten Altersarmut, so besagt es eine aktuelle Studie. Eine faire Bezahlung ist deshalb zwingend für die Lösung dieses Problems.

(Beifall bei der LINKEN)

Abschließend sei gesagt: Die Zeche dürfen nicht wieder die ohnehin schmalen Geldbeutel zahlen, sondern das müssen die richtig dicken Geldsäcke.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

(A) Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Dr. Kirsten Tackmann. – Nächster Redner: für die SPD-Fraktion Rainer Spiering.

(Beifall bei der SPD)

Rainer Spiering (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an das anknüpfen, was Dr. Kirsten Tackmann gesagt hat, und die Frage aufwerfen: Diskutieren wir hier nicht vielleicht ein wenig das Falsche? Wir müssen bei der Diskussion die gesamte Produktionskette im Auge behalten, und die geht los mit der Urproduktion, über die landwirtschaftliche Veredelung bis in die Betriebe hinein. Nur wenn wir die gesamte Lieferkette betrachten, erhalten wir auch eine Bewertung.

In dem Moment, wo wir die Landwirtschaft aus der Diskussion herausnehmen – wie wir das hier so gerne machen –, geben wir ihr in der Lieferkette nicht die Kraft, die sie eigentlich braucht, um sich dort zu behaupten. Deswegen halte ich es für ganz, ganz wichtig, die Landwirtschaft als einen integralen Teil der Lieferkette mit allen Rechten und Pflichten zu sehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mir übrigens nicht ganz sicher, ob rund um diesen Haushalt nicht gerade ein Gesetz geschrieben wird, das für den Bereich Ernährung und Landwirtschaft sehr viel wichtiger ist als dieser Haushalt. Ich zitiere aus dem Entwurf eines Gesetzes der Bundesregierung zur Verbesserung des Vollzugs im Arbeitsschutz, wie wir ihn heute im Ausschuss beraten haben:

(B)

... im Sinne der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Sie tragen zur Erreichung der Ziele ... bei: Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.

Das ist, wie ich finde, ein zentrales Gesetz, das den Bereich der Ernährung und Landwirtschaft in Deutschland nachhaltig stärken wird. Herzlichen Dank an Hubertus Heil und herzlichen Dank an alle Koalitionäre, die es mitgeschrieben haben!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will übrigens auch allen, die starke Vertreter der bäuerlichen Veredelungswirtschaft sind, sagen, was meiner Ansicht nach passieren wird: Zwangsläufig werden durch Lohnsteigerungen auch Umwälzungen auf den Fleischpreis stattfinden müssen, und die wird man nicht wegdrücken können. Die wird man auch nicht den Bauern in die Schuhe schieben können. Wenn der Markt anerkennt, dass gute Produkte ihren Wert haben, dann werden, angetrieben durch dieses Gesetz, auch höhere Preise in der Fleischwirtschaft generiert werden können. Das ist meine große Hoffnung, und deswegen sage ich: Das ist ein guter Tag für Deutschland – ein gutes Gesetz.

(Beifall bei der SPD)

Das Augenmerk, das wir auf die Landwirtschaft legen, wird genau durch diese Branche verfälscht. Wenn man den Blick auf Schlachthöfe richtet, die 25 000 bis

30 000 Tiere am Tag schlachten, dann impliziert man den Blick auf das Produkt, und ein Bild setzt sich fest. Selbst der bestarbeitende Viehbetrieb kann sich aus diesem Bild nicht herausnehmen. Deswegen müssen wir das Gesamtbild verbessern, um so auch die Situation der Kolleginnen und Kollegen – sowohl in der Landwirtschaft als auch in den Veredelungsbetrieben und in den Schlachtbetrieben – nachhaltig zu verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Was ist die Schlussfolgerung? Eine solche ziehe ich heute übrigens jenseits des Ernährungsministeriums. Entwicklungsminister Müller sagt, extensive Landwirtschaft fördere Virusübertragung, und fordert einen Einfuhrstopp für Soja- und Palmöl. Das hat ein CSU-Minister gesagt! Wenn ich das zu Ende denke, dann heißt das, dass natürlich die komplette Produktions- und Lieferkette bei erheblichen Teilen der Viehzucht gravierend verändert wird. Das hat auch Auswirkungen auf unsere eigene Produktion.

In dem Zusammenhang kann die Stärkung des Ökolandbaus – an dieser Stelle ein Dank an Isabel Mackensen und an den Kollegen Haase, die sich intensiv darum gekümmert haben, dass wir das im Haushalt so gut fördern konnten – eine massive Hilfe darstellen. Hier wäre auch die Umstellung auf die eigene Eiweißproduktion zu nennen. Das alles können wir durch diesen Haushalt leisten, und ich glaube, das tun wir auch. Insofern haben zwei andere Ministerien hier eine ganz gute Schlagzahl vorgelegt, um die Verhältnisse in unserem Land nachhaltig zu verbessern.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Heute hat uns alle ein Schreiben der LFD, einer großen Erzeugergesellschaft in den neuen Bundesländern, erreicht. Ich fand es für einen Ferkelaufzüchter schon bemerkenswert, was dieser von uns einforderte: Kapazitätsabbau durch Ausstiegsprämien, Stärkung der Regionalisierung und Sicherstellung einheitlicher und tierwohlgerechter Haltungsbedingungen bei Importtieren. Dem ist nur zuzustimmen, aber wir müssen es dann auch tun, und zwar gemeinsam.

Diese Diskussion über die Einhaltung der drei genannten Kriterien sollten wir führen. Dann werden wir eine veränderte Landwirtschaft mit einem – hoffentlich – richtig guten Image nach draußen haben, in Übereinstimmung mit einer Bevölkerung, die diese Produkte gerade über unsere bäuerlichen Betriebe gerne kauft und bereit ist, einen angemessenen Preis dafür zu bezahlen. Aber dann muss die Lieferkette im Ganzen stimmen, und dafür lassen Sie uns streiten.

(Beifall bei der SPD)

Heute Morgen habe ich eine Nachricht gelesen, die mich wirklich sehr gefreut hat. Über den Ticker kam die Meldung: Fraunhofer-Zentrum in Triesdorf gegründet. Der Bund steuert 40 Millionen Euro über die nächsten fünf Jahre hinzu. – Geforscht wird zu einem Thema, für das ich wirklich brenne: die Digitalisierung, und zwar in zwei Forschungsrichtungen, die ich auch toll finde: zum einen biogene Züchtungen – also keine Genschere, sondern Züchtungen über Algorithmen, was ich schon seit längerer Zeit predige – und zum anderen Smart Far-

Rainer Spiering

- (A) ming. Dann habe ich zu meiner großen Überraschung gelesen, dass das Ganze im Haushaltsausschuss mithilfe eines Kollegen auf den Weg gebracht worden ist, der hier sitzt und dem ich an dieser Stelle dafür danken möchte: Artur, das habt ihr gut gemacht! Das ist der richtige Ansatz.

(Beifall bei der SPD)

Leider konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Artur Auernhammer das ziemlich allein bewerkstelligt hat, ohne das BMEL. Aber Artur, das musst du klären. Auf jeden Fall freue ich mich riesig darüber, dass wir jetzt in der gesamten Bandbreite tatsächlich 109 Millionen Euro für diesen Bereich zur Verfügung gestellt bekommen haben. Herr Haase, wenn ich an die Koalitionsverhandlungen denke und daran, wie schwierig es war, die ersten 10 Millionen Euro dafür von den Haushältern zu erstreiten, dann, finde ich, sind heute die 109 Millionen Euro ein richtig gutes Zeichen. Herzlichen Dank dafür, dass das geklappt hat.

(Beifall bei der SPD)

Stichwort „Wald“: Ich habe es hier in einer meiner letzten Reden schon gesagt: Der Wald ist eine der großen CO₂-Senken, und vor allen Dingen ist Holz mit langfristiger Wirkung und Nutzung eine CO₂-Senke. Wir haben leider – ich bedauere das – nur 100 Millionen Euro aus dem Gesamtpaket bekommen für die Umwidmung des Naturstoffes Baum/Holz in die Holzwirtschaft.

- (B) Herr Kollege Haase, ich würde mich riesig freuen, wenn Sie es begleiten würden, dass wir in dem Bereich der Holzwirtschaft – das umfasst die Zimmereien, die Schreinereien, die Bautechniken, die Erzeugung von neuen Isolierstoffen – viel nachhaltiger würden und der daran hängenden Wirtschaft einen richtigen Schub geben könnten. Das ist mit dem Geld möglich. Ich glaube, dann hätten wir mit diesem Haushalt auch etwas Gutes erreicht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Rainer Spiering. – Nächster Redner: für Bündnis 90/Die Grünen Harald Ebner.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, Ihrer Rede hat noch das Stichwort „Bullerbü“ gefehlt; ich füge es an dieser Stelle noch hinzu, einfach damit die Buzzword-Liste komplett ist. Aber trotzdem: Sie sind tatsächlich nicht zu beneiden. Die Aufgaben im Agrarbereich, die stapeln sich, ein Protest jagt den anderen, und Sie gründen eine Kommission nach der anderen. Bei so vielen Kommissionen kann man dann schon mal den Überblick verlieren, Frau Ministerin. Vielleicht haben Sie auch deshalb die für die europäische Agrarpolitik maßgebliche Kommission, die EU-Kommission, ein bisschen aus dem Blick verloren.

(C) Genau die stellt Ihrer Politik nämlich ein Armutszeugnis aus. Der Kommissionsvizepräsident bescheinigt Ihnen, dass Sie mit Ihren Ratsvorschlägen zur Gemeinsamen Agrarpolitik – ich zitiere – „festhalten an einer Agrarpolitik, die nicht nachhaltig ist“ und dass Sie damit nichts zur Bekämpfung der Klimakrise und des Artensterbens geliefert haben. Da hilft auch alles Schönreden nichts, Frau Ministerin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf die existenziellen Herausforderungen – Klimakrise, Artensterben – bleiben Sie damit tatsächlich jede Antwort schuldig. Sie verspotten sogar noch die Ziele der EU-Kommission, die Farm-to-Fork-Strategie, als unrealistische Visionen, statt zu deren Erreichung beizutragen. Genau diese ignorante und störrische Haltung ist doch genau das Desaströse in der CDU/CSU-Agrarpolitik. Sie verweigern jeden notwendigen Umbau so lange, bis die Betriebe den Anschluss verloren haben. Das ist für Umwelt und Klima eine Katastrophe, aber auch für die Bauernfamilien; denn das ist das Gegenteil von Planungssicherheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Was für die Gemeinsame Agrarpolitik gilt, gilt leider auch für den Haushalt: Nichts geliefert. Sie schütten ein Füllhorn nach dem anderen aus, aber ohne jedes Konzept. Inhaltlich umgesetzt haben Sie schrecklich wenig. Sie reden von Ackerbaustrategie. Ja, aber wo ist sie denn? Da ist doch gar nichts passiert. Sie reden von Tierwohl. Ihre Haushälter sagen: Nö, finanzieren wir nicht. – Also, bis heute ist nichts passiert. Beispiel Pestizide: Im Koalitionsvertrag haben Sie den Glyphosatausstieg versprochen. Passiert ist bis heute – nichts, null, nada. Noch nicht mal das Glyphosatverbot für Privatanwender wurde erlassen, obwohl Sie es seit über zweieinhalb Jahren angekündigt haben. Das ist doch ein Offenbarungseid, Frau Ministerin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt wollen Sie auch noch mithilfe der Kanzlerin das Insektenschutz-Gesetz blockieren. Wo bleiben die vom Kabinett schon längst beschlossenen Pestizidbeschränkungen für sensible Schutzgebiete, und wo bleibt der überfällige Kurswechsel hin zur Forschungsförderung von Pflanzenschutzmethoden ohne Gift? Das Einzige, was Sie hier bislang zustande gebracht haben, ist – festhalten! – ein Bundeswettbewerb für insektenfreundliche Landwirtschaft. Was für eine Blamage!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben von Lebensgrundlagen gesprochen, aber ohne Lebensgrundlagen keine Grundlagen zum Leben, Frau Ministerin. Diese Missachtung jeder wissenschaftlichen Erkenntnis zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen, die muss endlich ein Ende haben, auch in der Waldpolitik; sie wurde schon ein paarmal angesprochen. Hier treiben Sie die konzeptionslose Gießkannenförderung wirklich auf die Spitze. Sie verschenken eine halbe Milliarde Euro als Flächenprämie an die Waldbesitzinnen und Waldbesitzer.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Verschenken?)

Harald Ebner

- (A) Statt die Jahrhundertaufgabe Walddumbau voranzutreiben, blasen Sie hier wirklich Geld ohne Wirkung raus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Christian Haase [CDU/CSU]: Was machen denn die Waldbesitzer damit? Sie pflanzen Bäume!)

Sie halten nicht nur bei der GAP an Überkommenem fest, Sie führen es beim Wald auch noch neu ein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Flacher kann eine Lernkurve nun wirklich nicht sein.

Ihr Haushalt ist ein Spiegelbild Ihrer Politik: Vier Jahre lang zu viel Geld für zu wenig Zukunft. Schöne Worte und viel Geld sind noch lange keine Agrarpolitik. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Harald Ebner. – Die letzte Rednerin in dieser Debatte: Gitta Connemann für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Haben Sie schon mal ein Ferkel aufgezogen?

- (B) (Hermann Färber [CDU/CSU]: Ja, klar! Und was für schöne!)

– Der Kollege Hermann Färber kann diese Frage mit Ja beantworten. Damit weiß er auch: Von der Trächtigkeit bis zum Verkauf dauert es 190 Tage. Das sind 190 Tage Fürsorge, Arbeit und Kosten. Wissen Sie, was aktuell für ein Ferkel bezahlt wird? 200 Euro? 100 Euro?

(Ulli Nissen [SPD]: 60 Euro!)

– Nein. – Ich sage es Ihnen: Aktuell werden pro Ferkel 22 Euro bezahlt. Von diesen 22 Euro bleiben dem Ferkelerzeuger genau 0 Cent.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Er zahlt dazu!)

Er bringt jeden Tag Geld mit, wenn er in den Stall geht. Von Mindestlohn kann er nur träumen. Seine Realität wird bestimmt durch ruinöse Preise, durch Kosten für Stallumbauten, und das nach der Düngeverordnung. Das ist einfach zu viel. Ein junger Landwirt sagte mir jetzt: An keiner Stelle sieht man den Weg. – Die Folgen: Die Ställe bleiben leer. Beim Sozialdienst läuft das Telefon heiß. Insolvenzen sind kein Fremdwort mehr.

Dabei legen wir heute einen Rekordhaushalt vor. Noch nie gab es so viel Geld: von Tierwohl bis zur Sozialversicherung. Wir puffern zum Beispiel die Auswirkungen der Düngeverordnung mit immerhin 1 Milliarde Euro ab. Respekt, liebe Julia Klöckner, und danke, lieber Christian Haase, übrigens auch für die Mittel für den Wald!

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Das bringt ja nichts!)

Wir nennen das nicht „verpuffen“, lieber Harald Ebner. Wir nennen das Hilfe für die Waldbauern, die diese dringend brauchen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber wir sind weiter gefordert. Wir brauchen ein Notfallprogramm für die Sauenhalter: schnell, direkt, unmittelbar, als Zuschuss, nicht als Darlehen. Die Ferkelerzeuger sind nämlich das schwächste Glied. Aber auch andere Landwirte wissen nicht mehr weiter: Milchbauern, Putenmäster, Obstbauern; dabei ist es übrigens egal, ob öko oder konventionell. Viele verzweifeln; zur wirtschaftlichen Misere kommt nämlich die gesellschaftliche Ächtung hinzu. Diese Landwirte stehen mit dem Rücken an der Wand; denn Strukturen versagen.

Erstens. Auch in der Politik gilt: Bevor wir andere zur Verantwortung ziehen, sollten wir uns selbst an die Nase fassen; denn wir tragen politische Verantwortung und schaffen immer neue Vorgaben.

(Carina Konrad [FDP]: Ja!)

Dabei wissen wir: Jede Auflage beschleunigt den Strukturwandel. Eine Politik für bäuerliche Familienbetriebe muss maßhalten und sich darauf beschränken, einen fairen Rahmen, einen Korridor zu setzen, in dem Landwirte sich auch bewegen können. Das gibt Flexibilität, das schafft Planungssicherheit, die ersehnt wird, und das zeigt am Ende auch Zukunftsperspektiven.

Dazu gehört aber Vertrauen. Genau dieses Vertrauen zeigt einer nicht: der Entwurf für ein Insektenschutz-Gesetz von Ministerin Schulze. Über die mangelnde Fachlichkeit dieses Entwurfs will ich hier gar nicht sprechen. Wer Insektenschutz ernst meint, darf Lichtverschmutzung, Versiegelung und Co nicht aussparen, wie das BMU es tut. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dieser Entwurf kennt nur einen Sündenbock, und das ist die Landwirtschaft. Aber wer sind denn die Umwelt- und Klimapraktiker? Das sind doch unsere Bäuerinnen und Bauern, und ihnen wird gedroht: mit einer Enteignung durch die Hintertür.

Deshalb sind wir dir, liebe Julia Klöckner, dankbar, dass du gegenüber dem Bundesumweltministerium auch ein faires Miteinander einforderst. Denn was wäre die Konsequenz des Entwurfs? 1,6 Millionen Hektar dürften nicht mehr bewirtschaftet werden, und das alles ohne Ausgleich. Eigentumsschutz, Klimaschutz, Artenschutz gehen anders, nämlich nur mit der Landwirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Miteinander statt gegeneinander – genau das lebt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das übrigens über den GAK-Sonderrahmenplan 85 Millionen Euro für den Insektenschutz bereitstellt. Das ist der richtige Weg.

Zweitens. Die Strukturen versagen auch im Lebensmittelhandel. Dort fehlt von Fairness bisher jede Spur. Damit meine ich übrigens nicht den Händler vor Ort; es geht um die großen Konzerne. Mit 85 Prozent Marktanteil sind Edeka, Rewe, Lidl und Aldi so mächtig, dass sie Bedingungen und Preise diktieren können, und sie tun es

Gitta Connemann

- (A) gnadenlos. Wer nicht mitzieht, geht unter. Sie spielen schon heute heimisches Obst und Gemüse gegen Auslandsware aus.

Der Grundsatz müsste heißen: Unsere Lebensmittel von unseren Bauern. Die großen Vier beschwören aktuell in ganzseitigen Anzeigen eine faire Partnerschaft mit den Erzeugern. Das ist übrigens nur eine Reaktion auf die Streiks der Bäuerinnen und Bauern und auf das anstehende Verbot unlauterer Handelspraktiken. Julia Klöckner hat den Gesetzentwurf auf den Weg gebracht. Gut so! Nun ist der Deutsche Bundestag dran – wir.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion empfehle ich Ihnen, liebe Big Four: Nicht nur über Fairness reden, sondern Fairness leben!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unsere Bäuerinnen und Bauern haben einen fairen Preis verdient. Sonst steuern wir nach, und zwar hart; denn Lebensmittel sind mehr wert.

Drittens. Verbraucherinnen und Verbraucher fordern immer höhere Standards. Eingekauft wird aber leider häufig immer noch nach dem Motto „Geiz ist geil“. Über Tierwohl, Klimaschutz etc. wird aber auch an der Ladenkasse oder im Restaurant entschieden. Regionalität und Qualität haben ihren Preis und sind es wert.

Eine nationale Marketingagentur, lieber Christian Haase, könnte heimische Produkte noch bekannter machen – dafür hast du jetzt einen Titel für die Machbarkeitsstudie geschaffen; dafür vielen Dank –:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) „Gutes aus deutschen Landen. Unsere Lebensmittel von unseren Bauern.“ – Um die Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage zu versetzen, die richtige Wahl treffen zu können, wollen wir als CDU und CSU deshalb auch eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel in ganz Europa; denn die Menschen haben ein Recht darauf, zu wissen, wo ihr Essen herkommt.

Meine Damen und Herren, ich könnte jetzt auch die Verantwortung der Medien, der NGOs und von kirchlichen Organisationen ansprechen.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Frau Kollegin Connemann, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung von Dr. Hocker?

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Ja, gerne.

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Vielen Dank, verehrte Frau Präsidentin. Vielen Dank, verehrte, liebe Gitta Connemann, dass diese Zwischenfrage zugelassen wird. – Frau Connemann, Sie haben eben von mangelnder Fairness den Landwirten gegenüber gesprochen. Sie haben davon gesprochen, dass Landwirte keinen Weg in der Zukunft sehen.

Jetzt habe ich mir das eben noch mal vergegenwärtigt und bin zu dem Ergebnis gekommen, dass das Landwirtschaftsministerium seit 2005 entweder in Händen der CDU oder der CSU ist.

(Ulli Nissen [SPD]: Hört! Hört!)

(C)

Können Sie mir vor dem Hintergrund dieser Tatsache erklären, warum gerade Sie davon sprechen, dass Landwirte in Deutschland keinen Weg mehr sehen? Ist das ein Eingeständnis des eigenen Politikversagens?

(Ulli Nissen [SPD]: Das war eine gute Frage!)

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Nein, ist es nicht, lieber Kollege Hocker. Sie haben übrigens vergessen, zu erwähnen, dass es auch eine Legislaturperiode gab, in der die FDP Mitverantwortung getragen hat,

(Grigorios Aggelidis [FDP]: Beim Landwirtschaftsministerium?)

auch ganz wesentlich Verantwortung getragen hat, nämlich im Wirtschaftsministerium.

Ich will nicht wissen, wie die Situation für Bäuerinnen und Bauern in diesem Land aussehen würde, wenn die CDU/CSU in diesem Bereich nicht Verantwortung getragen hätte; denn eines erleben wir immer und immer wieder, übrigens leider auch seitens der FDP: dass Sie in Reden, auch in Beiträgen im Internet die großen Partner der Bäuerinnen und Bauern sind. Aber wenn es darum geht, zu ihnen zu stehen, übrigens zum Beispiel bei dem Thema Direktzahlung oder aber bei dem Thema landwirtschaftliche Unfallversicherung, das die Ministerin vorhin angesprochen hat, dann gehört zur Wahrheit dazu, dass Sie im Haushaltsausschuss den Antrag gestellt hatten, den bisherigen Zuschuss von 180 Millionen auf 100 Millionen Euro herunterzusetzen. Das ist die Wahrheit, und das sollten Sie Ihren Bäuerinnen und Bauern auch sagen.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gut, dass es die CDU/CSU gibt, die immer noch uneingeschränkt an der Seite der Bäuerinnen und Bauern in Deutschland steht – anders als andere, die eben keine Verantwortung übernehmen.

Ich hätte hier über NGOs, über Medien, über kirchliche Organisationen sprechen können. Ich könnte über Halbwissen, Skandalisierung und leider auch über Doppelmoral sprechen. Nur zu rufen „Wir haben es satt!“, macht niemanden satt; das ist keine Lösung. Aber genau diese brauchen unsere Bäuerinnen und Bauern; denn sie versorgen Deutschland, und das wollen sie übrigens auch in Zukunft tun. Es gibt eine starke junge Generation, die die Höfe übernehmen will; sie kann es, und sie will es.

Übrigens hat mir der Jungbauer nach unserem Gespräch noch einmal geschrieben. Er kam gerade aus dem Stall, kurz vor Mitternacht, weil seine Sauen abgeferkelt hatten – keine Arbeitszeitbegrenzung –, und er schrieb mir: Vielleicht klang ich sehr negativ, aber ich bin leidenschaftlicher Landwirt, und ich will es bleiben. – Meine Damen und Herren, das liegt auch in unserer Hand. Wir haben dafür mit diesem Haushalt die Vorlage gemacht. Bitte stimmen Sie diesem zu!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Gitta Connemann. – Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 10 – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft – in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Der Einzelplan 10 ist angenommen. Zugestimmt haben die Fraktionen von SPD und CDU/CSU. Dagegengestimmt haben die Fraktionen der Linken, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der AfD.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt I.8 auf:

hier: **Einzelplan 30**

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Drucksachen 19/23324, 19/23325

Berichterstatter sind die Abgeordneten Bettina Stark-Watzinger, Kerstin Radomski, Swen Schulz, Marcus Bühl, Dr. Gesine Löttsch und Ekin Deligöz.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor.

Für die Aussprache wurde eine Dauer von 90 Minuten beschlossen.

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, zügig Platz zu nehmen. – Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat für die AfD-Fraktion Dr. Götz Frömming.

(Beifall bei der AfD)

(B)**Dr. Götz Frömming (AfD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin! Wenn wir über Bildung und Forschung sprechen, sollten wir nicht nur über Geld reden, sondern auch über Werte.

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN – Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Da sind wir ja bei Ihnen richtig aufgehoben!)

Die Ermordung des französischen Geschichtslehrers Samuel Paty war ein Angriff auch auf unsere Werte, ein Angriff auf Bildung, Menschenwürde,

(Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Die AfD redet von Menschenwürde!)

Abendland, Aufklärung und Humanismus.

(Beifall bei der AfD)

Am vergangenen Sonntag wurde der Täter in Tschetschenien beerdigt. Wer nun erwartet hat, dass das eine stille, verschämte Feier im kleinen Kreis war, sah sich getäuscht. Hunderte feierten den Täter und verhöhnten das Opfer. Inzwischen soll sogar eine Straße nach ihm benannt worden sein.

Gleichzeitig nehmen wir zur Kenntnis, dass leider nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland, mitten in Berlin, das Opfer verhöhnt wurde und die Tat verharmlost worden ist. Nach und nach wird auch deutlich, dass die Schweigeminute, die an vielen Schulen dankenswerterweise durchgeführt worden ist, viel öfter,

als bisher geahnt, gestört worden ist. Meine Damen und Herren, all das ist beschämend und ist eine Schande für Europa. (C)

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, wir haben ein gewaltiges Problem an unseren Schulen, und es wird sicherlich nicht kleiner, wenn man es vertuscht und verharmlost. Schulen und Schulbehörden haben in der Vergangenheit viel zu oft weggesehen. In Hamburg hat übrigens erst eine Anfrage der CDU-Fraktion dazu geführt, dass die Schulbehörde bekannt gab, wie muslimische Schüler die Schweigeminute gestört und Verständnis für den islamischen Terrorismus geäußert haben.

Woher kommt das eigentlich, meine Damen und Herren, dass Staat und Gesellschaft hier so kläglich versagen, obwohl Sie doch sonst gegen den Extremismus ständig kämpfen und sich diesen Kampf groß auf die Fahnen geschrieben haben? Meine Damen und Herren, offenbar wird hier mit zweierlei Maß gemessen. Die gleichen Leute, die sonst nicht müde werden, zu betonen, dass es doch keine Unterschiede gebe zwischen länger und kürzer hier Lebenden, machen dann plötzlich einen Unterschied. Wenn Christian und Johanna auf Abwege geraten, dann funktionieren die Frühwarnsysteme und Schule und Gesellschaft, und das ist auch gut so. Wenn aber Mohammed oder Hatice sich radikalieren, dann wird das mit Blick auf ihre Herkunft, Kultur und Religion relativiert und damit verharmlost, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Wenn muslimische Kinder in der Schule aus der Spur laufen, dann darf uns das auch nicht kaltlassen, dann müssen wir genauso reagieren; wir müssen sie einfangen und erziehen wie alle anderen. Die Schule hat hier einen Erziehungsauftrag, meine Damen und Herren, übrigens nicht der Staat für erwachsene Bürger, sondern die Lehrer für minderjährige Schüler. (D)

(Beifall bei der AfD)

Während Programme gegen rechts mit Milliarden gefördert werden – auch da haben Sie eine ordentliche Schippe draufgelegt –, sehen wir doch, dass hier viel zu wenig getan wird. Still und heimlich konnte sich der radikale Islamismus in Schulen, Hochschulen und Moscheen weitgehend ungehindert ausbreiten. Wir wissen übrigens noch viel zu wenig darüber. Deshalb wird die AfD-Fraktion demnächst einen Antrag einbringen, der eine bundesweite Studie zur Erforschung dieses Phänomens fordern wird.

Lassen Sie mich abschließend noch ganz kurz drei Punkte erwähnen, die Ihnen zeigen, dass wir im Ausschuss natürlich konstruktiv mitarbeiten und nicht, wie Sie das häufig behaupten, nur Polemik betreiben.

(Lachen des Abg. Markus Paschke [SPD] – Margit Stumpp [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber eine sehr einseitige Sicht der Dinge!)

Erstens. Wir haben sehr früh die steuerliche Forschungsförderung gefordert. Wir waren die erste Fraktion, die Sie daran erinnert hat, dass wir das in dieser Legislaturperiode umsetzen sollten.